

Landesinfo Baden-Württemberg

Logo der Tübinger Woche gegen Armut und Ausgrenzung



Finanzmarktkrise
**Banken in
öffentliche
Kontrolle**

s. 4

Afghanistan-Krieg
**Abrüstung und
klare Friedens-
politik**

s. 8

Fairer Handel
**Faire Löhne, faire
Preise**

Seite 11

International
**Von Gewinnern
und Verlierern** Seite 5

Nato-Gipfel 2009
**Nein zu Krieg
und Nato!**

Seite 14

Die LINKE vor Ort
**Von Mannheim
bis Konstanz**

Seite 19

Inhalt

■■■ Heike Hänsel: Von Gewinnern und Verlierern	5
■■■ Annette Groth: Tickende Zeitbombe	10
■■■ Aktion „Save me“	11
■■■ Karin Binder: Fairen Handel unterstützen	11
■■■ Demo in Bühl gegen Repression	13
■■■ Frauen, auf in die Gemeinderäte	15
■■■ Sofortprogramm gegen Kinder- armut	16
■■■ Zum 60. Todestag von August Thalheimer	18

Das nächste Landesinfo erscheint im Dezember.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 5/2008 ist der 9. Dezember 2008

Wir freuen uns über jeden eingesandten Artikel, bitten aber darum, diese nicht länger werden zu lassen als ca. 5000 Zeichen. Fotos und Karikaturen sind sehr willkommen. Einsendungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der LINKEN.

Beilagenhinweis: Faltblatt der Bundestagsfraktion Die Linke.

Bezug

Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Impressum

Herausgeber und Verlag:

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion

Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck

GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Einladung an alle Mitglieder des Landesverbandes

Wahl zum Europäischen Parlament – Regionale Mitgliederversammlungen in Baden-Württemberg zur Wahl der 24 Vertreterinnen und Vertreter für die Wahl der Bundesliste der LINKEN zur Europawahl am 7. Juni 2009.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Am 1. März 2009 wird in Essen die Bundesliste der LINKEN für die Wahl zum Europäischen Parlament gewählt. Nur zu diesem Zweck wählen wir 24 Vertreterinnen und Vertreter aus Baden-Württemberg; entsprechend Bundessatzung in fünf „Delegiertenwahlkreisen“ auf fünf regionalen Mitgliederversammlungen. Stimmberechtigt sind dort nur solche Mitglieder, die wahlberechtigt sind (EU-Bürger, mindestens 18 Jahre alt). Die bereits gewählten 24 Bundesparteitagsdelegierten aus Baden-Württemberg beraten ein Tag zuvor, am 28. Februar, ebenfalls in Essen, das Europawahlprogramm. Das sind die gleichen Delegierten, die wir schon zum Parteitag in Cottbus auf zwei Jahre gewählt haben. Die VertreterInnen, die am 1. März in Essen die Bundesliste wählen, müssen wir laut Bundeswahlgesetz extra (!) wählen. Die 24 aus Baden-Württemberg zu wählenden VertreterInnen dürfen aus praktischen Erwägungen identisch sein mit den bereits gewählten Bundesparteitagsdelegierten – müssen es aber nicht. Zudem besteht die Gelegenheit, über Aktuelles zu beraten: Europawahlprogramm, Finanzmarktkrise, Kampagne Löhne/Rente, Kommunalwahlantritte. Bildet Fahrgemeinschaften! Auf Antrag können Fahrtkosten über die Kreisverbände oder den Landesverband geltend gemacht werden.

Folgende Versammlungen sind einberufen:

Südwürttemberg-Hohenzollern: Samstag, 22. November, 10 Uhr, Ulm, Gewerkschaftshaus, Weinhof 23. Für die Mitglieder der Kreisverbände Biberach, Bodenseekreis, Ravensburg, Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen, Ulm/Alb-Donau, Zollernalbkreis. Angefragt als Gast: Liane Papaioannou, IG-Metall. Gewählt werden 4 VertreterInnen.

Nord- und Ostwürttemberg: Samstag, 29. November, 10.30 Uhr; Waldenburg (Hohenlohe), Künstlerkneipe, „Gleis 1“, Bahnhof. Für die Mitglieder der Kreisverbände Heidenheim, Heilbronn, Main-Tauber, Hohenlohe-Schwäbisch-Hall, Ostalb. Gewählt werden 4 VertreterInnen. Gast ist voraussichtlich Tobias Pflüger (MdEP)

Nordbaden: Sonntag, 30. November um 10 Uhr in Karlsruhe, DGB-Haus, Ettlingerstraße 3A. Für die Mitglieder der Kreisverbände Heidelberg/Rhein-Neckar, Mannheim, Neckar-Odenwald, Karlsruhe, Pforzheim-Enzkreis, Rastatt/Baden-Baden, Calw, Freudenstadt. Gewählt werden 6 VertreterInnen. (für preisgünstiges Essen ist gesorgt).

Südbaden: Samstag, 13. Dezember, 10.30 Uhr, Offenburg, Alevitisches Kulturzentrum, Otto-Hahn-Straße 9a (ÖPNV: Bus-Linie S4 ab Bahnhof oder Abholdienst über KV Offenburg). Für die Mitglieder der Kreisverbände Ortenau, Emmendingen, Freiburg, Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Waldshut, Schwarzwald-Baar-Heuberg, Konstanz. Gewählt werden 4 VertreterInnen

Region Stuttgart: Samstag 10. Januar 2009, 10 Uhr, Stuttgart, DGB-Haus, Kleiner Saal, Willi-Bleicher-Str. 20. Für die Mitglieder der Kreisverbände Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Rems-Murr, Stuttgart. Gewählt werden 6 VertreterInnen. Nachmittags Beratung zur Regionalwahl 2009.

Hinweis zum Landesparteitag am 6.12.2008:

Der Landesparteitag findet statt am 6.12. in der Filderhalle, Leinfelden-Echterdingen, Einlass 9 Uhr. Vorläufiger Tagesordnungsvorschlag: 1. Begrüßung; 2. Wahl der Parteitagsgremien; 3. Beschluss über Tagesordnung; 4. Gastbeiträge PV und Bundestagsfraktion; 5. Redebeitrag des Landesvorstandes und Vorlage Tätigkeitsbericht; 6. Finanzbericht; 7. Finanzrevision; 8. Aussprache; 9. Entlastung Landesvorstand; 10. Neuwahl Landesvorstand; 11. Bericht der Landesschiedskommission; 12. Wahl der Revisionskommission; 13. Anträge (u.a. Finanzkrise, Kommunalwahl, Empfehlung Europaliste); 14. Initiativanträge (u.a. neues Versammlungsgesetz BaWü)

Wahl der Landesliste zum Deutschen Bundestag am 31.1. 2009

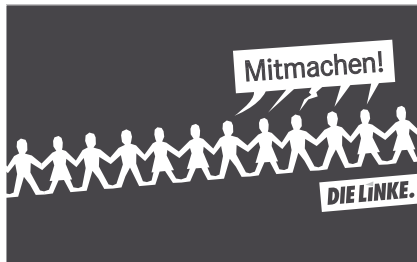
Der Landesvorstand hat die LandesvertreterInnenversammlung zur Wahl der Landesliste zum Deutschen Bundestag einberufen auf den 31. Januar 2009. Ort: DGB-Haus, Stuttgart, Willi Bleicher Straße 20. Die 200 VertreterInnen und Vertreter werden auf Kreismitgliederversammlungen entsprechend Wahlgesetz gewählt.

Gutes Vorzeichen für die Kommunalwahlen!

Die neueste Umfrage der Universitäten Stuttgart und Halle stimmt DIE LINKE in Baden-Württemberg optimistisch.

„Wir sehen uns im nächsten Landtag“, kommentierte deren Landessprecher Bernd Riexinger das Umfrageergebnis, das die LINKE mit 4,8% knapp unter der 5%-Klausel sieht. „Vor allem die steigende Zustimmung bei den jüngeren Wähler/innen zeigt, dass unsere Partei Zukunft hat“ so Riexinger weiter. Defizite sieht DIE LINKE beim Wähleranteil der Frauen. Dieser müsse deutlich ausgebaut werden.

Als wichtige Standortbestimmung sieht DIE LINKE Baden-Württemberg die Kommunalwahlen im nächsten Jahr. „Wir sind gut gerüstet“, sagt der weitere Landessprecher, Bernhard



Strasdeit. „Unsere kommunalpolitischen Eckpunkte geben überzeugende Antworten auf die wichtigsten kommunalpolitischen Themen und unsere Kreisverbände bereiten sich inhaltlich und organisatorisch auf ihren Wahlantritt vor“, so Strasdeit weiter. Insbesondere bei der Frage Kinderarmut sieht DIE LINKE erste Erfolge ihrer Politik. DIE LINKE habe dieses drängende Problem als erste aufgegriffen. Jetzt würden Städte wie Stuttgart Programme für Schulstartpakete für ärmere Familien aufsetzen. Ohne die Präsenz der Linken würde das nicht passieren.

Die rückläufige Zustimmung zur Landesregierung hält DIE LINKE für verdient. Riexinger: „Die Landesregierung sonnt sich in den Ergebnissen des wirtschaftlichen Aufschwungs, für den sie nichts kann, sonst hat sie allerdings nicht viel zu bieten. In den zentralen Fragen der Bildungspolitik hat sie auch in den Augen der Bevölkerung jämmerlich versagt.“

Den Grünen wirft DIE LINKE vor, dass sie zu den drängenden sozialen Fragen wie Ausbreitung des Niedriglohnbereiches, Armut- und Kinderarmut und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht viel zu bieten hat.

„Die Finanzmarktkrise ist zugleich eine Krise der Demokratie, der Wirtschafts- und Sozialordnung“

Zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) / Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, 16.10.2008

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Finanzmarktkrise ist zugleich eine Krise der Demokratie, der Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Politik wird von den Finanzmärkten nicht nur kontrolliert, sie wird von ihnen beherrscht. Hier nur von Marktversagen zu sprechen, ist unzureichend – es handelt sich um Marktversagen und ein Versagen der Politik, welche die Finanzmärkte entfesselt hat. Nur eine grundlegende Neuordnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird Vertrauen wieder aufbauen können, nur eine Umverteilung von Reichtum wird den Anlagedruck an den Finanzmärkten beseitigen können.

Die Finanzmarktkrise zwingt den Staat zum Eingreifen. Es ist grob fahrlässig, dass die Bundesregierung erst jetzt zum Handeln bereit ist.

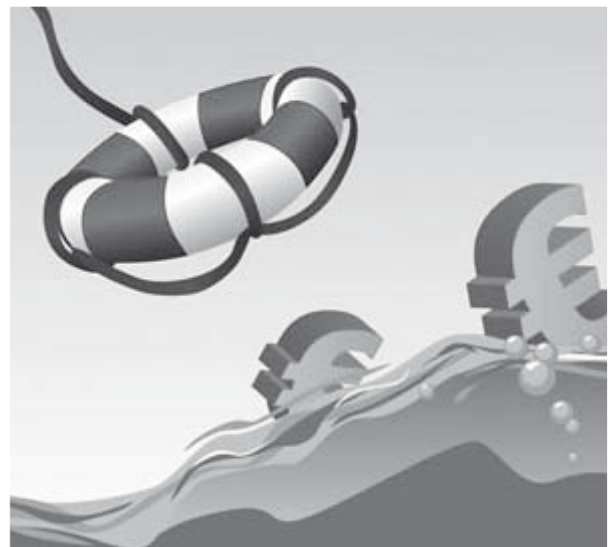
II.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sicherzustellen, dass das Parlament umfassend beteiligt wird und das Finanzmarktstabilisierungsgesetz zwingend folgende Bedingungen erfüllt:

- Jede öffentliche Kapitalbeteiligung wird mit Stimmrechten versehen, das heißt Teilverstaatlichung.
- Die Bestimmungen zur Festlegung von Gebühren für Bürgschaften und von Preisen, zu denen Risikopapiere übernommen werden, sind vom Bundestag zu verabschieden und so auszugestalten, dass sie nur gegen angemessene Gegenleistung erfolgen.
- Wenn Finanzunternehmen in der Zukunft wieder wirtschaftlich dazu in der Lage sind, müssen sie die Risikopapiere ausnahmslos zurückzuerwerben.
- Mindestauflagen bezüglich der Geschäftspolitik der beteiligten Finanzunternehmungen (Dividenden, Managementvergütung, Kreditvergabe usw.) sind vom Bundestag zu verabschieden.
- Der Finanzsektor muss die Verluste aus dem Finanzstabilisierungsfonds selbst tragen.
- Mitbestimmungsrechte und Rechte des Bundesrechnungshofes werden nicht beschnitten;
- gemeinsam mit dem Gesetz Folgendes auf den Weg zu bringen:
- die Binnenkonjunktur zu stärken und

dazu ein 50 Mrd. € Konjunkturprogramm gegen die drohende Wirtschaftskrise aufzulegen; die Kindergelderhöhung auch für Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV wirksam werden zu lassen; das Arbeitslosengeld II auf 435 € und die Renten anzuheben;

- hochriskante Finanzprodukte vom Markt zu nehmen; Leerverkäufe zu verbieten. Hedgefonds in Deutschland die Lizenz entziehen; ein Gesetz zur Begrenzung von Managergehältern in den



Bundestag einzubringen; Manager verschärft in Haftung zu nehmen;

- eine ausreichende und zinsgünstige Kreditversorgung – insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen – sicherzustellen; Garantien der Spareinlagen gesetzlich zu verankern; einen von den privaten Finanzinstituten gespeisten Sicherungsfonds einzurichten;

internationale Verhandlungen zu führen, um:

- wieder zu stabilen Wechselkursen zu kommen;
- die Regulierung der internationalen Kapitalströme voranzutreiben;
- Steueroasen auszutrocknen;
- die Zulassungspflicht für Finanzprodukte durch einen Finanz-TÜV einzuführen;
- Maßnahmen zur Stabilisierung der Weltwirtschaft international zu koordinieren.

Über die mittelfristigen Aufgaben informiert die Bundesregierung den Bundestag einmal im Quartal.

Berlin, den 16. Oktober 2008,

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

DIE LINKE kritisiert Ministerpräsident Oettinger

„Oettinger ist nicht lernfähig – Aktionäre Schützen ist untaugliches Mittel zur Bewältigung der Krise“

Auf heftige Kritik stoßen die Aussagen des Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger bei der Linkspartei im Lande. Oettinger will reiche Aktionäre schützen, anstatt die Lehre aus der gescheiterten Politik der letzten Jahre zu ziehen. Es ist unverantwortlich, an der Doktrin der freien Märkte festzuhalten, anstatt der sich anbahnenden Krise der Realwirtschaft durch ein staatliches Investitionsprogramm gegen zu steuern.

Oettinger redet die Lage der baden-württembergischen Wirtschaft schön. Die Orientierung auf die Exportsteigerungen der letzten Jahre und der permanente Abbau der Kaufkraft auf den Binnenmärkten werden sich krisenverschärfend auswirken. Bernd Riexinger, Landessprecher der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg: „Günther Oettinger bleibt seiner neoliberalen Politik treu, selbst dann, wenn das ganze von ihm beförderte liberalisierte System zusammenbricht. Statt Aktionäre zu schützen, will die Linke, dass die Regierung sich entsprechende Titel für ihre Finanzhilfe der Banken sichert und diese verstaatlicht. Es kann nicht sein, dass die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert werden.“

Die LINKE lehnt es ab, dass die Masse der Bevölkerung die Kosten des finanzgesteuerten Kapitalismus zweimal bezahlt. Einmal durch die massive Umverteilung der letzten 15 Jahre zu Gunsten der Kapital- und Vermögensbesitzer und jetzt durch die Bezahlung der riesigen Verluste durch die Krise des Finanzsystems. Diejenigen, die jahrelang profitiert hätten, müssten jetzt zur Kasse gebeten werden. Deshalb fordert die LINKE eine Millionärssteuer. Außerdem mahnt die Linke die nachhaltige Regulierung des Finanzsystems und das Verbot für die Volkswirtschaft riskanter Spekulationsgeschäfte.

Den Landesbanken muss es verboten werden, sich an internationalen Spekulationsgeschäften zu beteiligen. DIE LINKE kritisiert in diesem Zusammenhang die Geschäftspolitik der LBBW. Öffentliche Banken haben einen öffentlichen Auftrag, den sie erfüllen müssen, und der heißt nicht, auf den internationalen Finanzmärkten mit zu zocken.

Banken in öffentliche Kontrolle

Michael Schlecht, Mitglied im Parteivorstand und gewerkschaftspolitischer Sprecher



Sechs Milliarden für den sofortigen Ausbau der Kindertagesstätten sind nicht vorhanden, wir müssen warten bis 2013, sagt die Regierung. Eine Anhebung von Arbeitslosengeld II auf 435 Euro ist ebenfalls Fehlanzeige. Sieben Milliarden Euro dafür sind Merkel und Steinbrück zu teuer. Aber um Banken aufzufangen, ist innerhalb weniger Tage ein fast 500 Milliarden Euro schweres Rettungspaket aufgelegt worden. In ganz Europa setzen die Regierungen fast zwei Billionen Euro ein, um die Kernschmelze des Finanzmarktes zu stoppen. Ob der Feuerwehreinsatz Erfolg hat, ist mehr als offen.

Und wer zahlt die Zeche? So wie es aussieht, Millionen von Bürgerinnen und Bürgern. Kein Wunder, dass die Verärgerung und Empörung groß ist. Weshalb werden eigentlich nicht diejenigen zur Kasse gebeten, die seit Jahren Profiteure der Finanzmärkte sind? In Deutschland gibt es 826.000 Millionäre. Selbst bei einem großzügigen Freibetrag von einer Million erbringt eine zehnprozentige Millionärssteuer knapp 200 Milliarden Euro.

Banken in öffentliche Kontrolle

Die Regulierung der Finanzmärkte ist dringend notwendig. Jedoch reicht dies nicht, denn der private Bankensektor hat abgewirtschaftet und seine historische Überlebtheit ist offensichtlich. Deshalb gehört der Banken- und Kreditbereich in öffentliche und gemeinwirtschaftliche Kontrolle. So wie die Sparkassen und Genossenschaftsbanken dies ohnehin schon sind. Diese erweisen sich im aktuellen Finanzcrash als einzig stabiler Stützpfiler, ohne den die Realwirtschaft schon viel stärker getroffen wäre.

Bankgeschäft ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Notwendig ist eine demokratische Kontrolle und Ausrichtung der Geschäftspolitik der Banken auf die Erfordernisse der Bevölkerung und der Realwirtschaft. Es muss Schluss damit sein, dass auch in öffentlichen Landesbanken mitgezockt wird. Hierfür brauchen wir Regulierung und gesellschaftliche Kontrollen.

Finanzmärkte eindampfen

Die Finanzmarktkrise ist nur denkbar wegen der Aufblähung der Finanzmärkte

– eine wahre Geldschwemme. Das weltweite Finanzvermögen beträgt gegenwärtig mehr als 100 Billionen Dollar. 1980 waren es gerade einmal vier Billionen Dollar. Das Volumen muss zurückgeführt werden. Auch deshalb ist eine großdimensionierte Millionärssteuer notwendig. Denn es zeigt sich: Je größer die Finanzmärkte, desto größer die Verselbständigung dieser Sphäre gegenüber der Realwirtschaft, desto größer der gesellschaftliche Schaden, der angerichtet wird.

Die Aufblähung der Finanzmärkte ist Folge der Umverteilung von unten nach oben; gerade auch in Deutschland. In den letzten zehn Jahren sind Reichen und Vermögen mindestens eine Billion

Dokumentiert: Forderungen von Verdi und Attac zum Weltspartag in Stuttgart

Diejenigen, die von der Finanzspekulation profitiert haben, müssen jetzt zur Kasse und zur Verantwortung gezogen werden.

Banken, für die der Staat einspringt, müssen unter öffentliche Kontrolle gestellt werden und der Staat muss sich die Titel sichern.

Banken, die Hilfgelder beanspruchen, dürfen keine Beschäftigten entlassen.

Die Regulierung und öffentliche Kontrolle des Finanzsystems muss sofort erfolgen. Riskante Spekulationsgeschäfte müssen verboten, Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden.

Das Casino muss geschlossen werden. Steueroasen müssen ausgetrocknet werden. Europäische und internationale Koordination und Abstimmung ist unerlässlich.

Statt Lohn- und Sozialabbau fordern die Gewerkschaften vielmehr

- den deutlichen Anstieg der Löhne und die Trockenlegung des Niedriglohnssektors durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes;
- ein Sofortprogramm zur Stützung der Konjunktur von 25 Milliarden.
- Zur Finanzierung kann z.B. Einführung einer Millionärssteuer, die Einführung der Vermögenssteuer und die Korrektur der verfehlten Steuerpolitik der letzten 10 – 15 Jahre genutzt werden.

Euro zusätzlich zugeflossen; die eine Hälfte, weil die Lohnerhöhungen zu niedrig waren, die andere aufgrund massiver Steuergeschenke. Die Regierungen Schröder und Merkel haben dieser Entwicklung Vorschub geleistet. Sie haben Lohndumping gefördert: Mit Gesetzen, die Befristung, Leiharbeit und Minijobs ausweiten und Erwerbslose unter Druck setzen.

Sparen und privat für das Alter vorsorgen – das wird seit Jahren von der Regierung und den Medien in der Rentenpolitik propagiert. So werden die Finanzmärkte zusätzlich aufgebläht. Allein ein Drittel des weltweit angelegten Vermögens steckt in Pensionsfonds – 30 Billionen Dollar. In den USA müssen jetzt zwei Generationen von Rentnern befürchten, dass sich ihre scheinbar sicher geglaubten Rentenansprüche zumindest zum Teil in Luft auflösen. Statt Privatisierung der Alterssicherung müssen wir das solidarische Umlageverfahren stärken und ausbauen.

Wirtschaftseinbruch stoppen

Die Wirtschaftskonjunktur befindet sich seit Ende 2008 auf Talfahrt. Im nächsten Jahr droht ein tiefer wirtschaftlicher Einbruch mit weiteren massiven sozialen Verschlechterungen. Der Aufschwung hat nie die Menschen erreicht; historisch zum ersten Mal. Wegen der Agenda 2010 ist die Einkommensentwicklung nicht aus dem Keller gekommen. Und damit die Binnennachfrage. Die Finanzmarktkrise hat den Abschwung nicht eingeleitet, sondern eine falsche Wirtschaftspolitik. Jedoch droht nun, dass die Finanzmarktkrise die wirtschaftliche Talfahrt massiv verschärfen wird.

Gerade wegen der drohenden Rezession und um den Zufluss für die Finanzmärkte trocken zu legen, sind jetzt deutliche Steigerungen der Einkommen notwendig. Dies heißt deutliche Tarifierhöhungen – zum Beispiel bei der IG Metall. Das heißt Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes, die Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 435 Euro und Rentenerhöhungen. Dies alles ist nicht nur wegen der sozialen Gerechtigkeit notwendig, sondern weil so auch die Kaufkraft gesteigert werden kann. Durch diese Sofortmaßnahmen ließe sich innerhalb von sechs Monaten die Binnennachfrage um rund 40 Milliarden Euro stärken. Hinzu müssen Schritte zur Umsetzung eines Zukunftsinvestitionsprogramms kommen. Möglichst schnell soll es auf 30 Milliarden Euro hochgefahren werden, mittelfristig auf eine Größenordnung von 50 Milliarden Euro anwachsen! Wir brauchen mehr für Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie öffentliche Investitionen in die Infrastruktur. Wachstumsimpulse von drei Prozent und eine Million Arbeitsplätze sind möglich. ■

Tagung über die Finanz- und Wirtschaftskrise

am Samstag, 8. November, 10.30 h in Stuttgart, Waldheim Gaisburg, Obere Neue Halde 1, Stuttgart-Ost, Gablenberg (tel 0711-465820)

Zu dieser Tagung lädt der Landesvorstand ein. Es ist erforderlich, dass wir darüber beraten, welche Positionen wir zu dem Finanzkollaps einnehmen. Auf Landesparteitagen ist dazu nur wenig Zeit. Wir wollen über Chancen und Alternativen diskutieren, die sich für einen gesellschaftlichen Wandel ergeben. Um die Debatte landesweit zu koordinieren, wäre es gut, wenn aus jedem Kreisverband zwei VertreterInnen kommen könnten.

Nach Eingangsreferaten ist Diskussion gemeinsam oder in Gruppen vorgesehen. Zum Abschluss wollen wir eine Resolution verfassen, die beim Landesparteitag am 6.12.08 als Antrag eingebracht werden soll. Die Referenten standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest, voraussichtlich: Bernd Riexinger, Michael Schlecht und Franz Groll.

Das Waldheim Gaisburg ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbar. Bitte fährt vom Hbf mit der Buslinie 42 zum Ostendplatz, Treff um 10.20 h; von dort wird ein Autoshuttle eingerichtet. Die Busse fahren um 10:03 und 10:13. Wer später ankommt, bitte vorher mitteilen, oder sich am 8.11. über Handynr. 0176 29 78 13 79 melden. (Dieses Handy ist sonst meist abgeschaltet). Rückfragen und Anmeldungen bitte über das Landesbüro.

Von Gewinnern und Verlierern

Von Heike Hänsel, im Schwäbischen Tagblatt am 17.10.

Die Finanzkrise ist derzeit das dominierende Thema. Dabei bleiben aber viele Lösungsvorschläge knallharter Interessenspolitik unterworfen. Wer sind die Gewinner und Verlierer? Der gestrige Welternährungstag hat die Zahl von fast einer Milliarde Hungernden kurzfristig ins Bewusstsein gerufen. Diese Zahl ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, parallel zu den Milliardenengeschäften an den Börsen.

Die Mehrheit der Menschen weltweit hat jahrzehntelang den Preis für einen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus bezahlt – durch stetige Verschlechterung nicht Verbesserung ihrer Lebensbedingungen! Massiver Sozialabbau, sinkende Löhne, Renten, Hartz IV bei uns; Verschärfung von Armut, Umweltzerstörung, Spekulation mit Nahrungsmitteln, Anheizen von kriegerischen Konflikten in den Ländern des Südens. Profiteure sind große Investmentfirmen, Großkonzerne und Banken. Freihandel, Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und kapitalfreundliche Steuerpolitik sind die andere Seite der globalen Finanzmärkte.

Massive Propagandakampagnen dafür finanziert bei uns zum Beispiel



die Initiative für neue soziale Marktwirtschaft, der BDI, die Bertelsmann-Stiftung und viele andere. Vieles von dem, was Die Linke bereits seit langem gefordert hat und stets als „populistisch“ abgetan wurde, zum Beispiel Begrenzung der Managergehälter, Verbot von Hedgefonds, strenge Regulierung der Finanzmärkte, wird jetzt plötzlich von Regierungen gefordert. Die Leidtragenden jedoch werden nun doppelt betrogen: Das dringend benötigte Geld zur Bekämpfung von Armut und Umweltproblemen, für eine gerechte Sozialpolitik, wird nun auch noch von den Verursachern auf lange Zeit hin gebunden zu ihrer eigenen „Rettung“. Auch eine mögliche Rezession wird in erster Linie Zeitarbeiter/innen und Arbeitnehmer/innen, mittelständische Betriebe und Rentner/innen treffen.

Wo bleibt da ein Rettungspaket? Dieser Gefahr trägt das 500 Milliarden-Paket der Bundesregierung keinerlei Rechnung. Wir brauchen dringend einen grundlegenden Systemwechsel in den globalen Wirtschaftsstrukturen, weg von Profitmaximierung hin zu einer gerechten und ökologischen Weltwirtschaftsordnung, die erstritten werden muss von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und nicht länger elitären Clubs wie den G 8 überlassen bleiben darf. Dabei darf auch die Frage der Verstaatlichung von Banken (auch der profitablen!) kein Tabu mehr sein. ■

Kollaps der Finanzmärkte

Bezahlen wir die Zeche für den finanzgesteuerten Kapitalismus zweimal?

Wir erleben gerade die größte Krise des kapitalistischen Weltfinanzsystems in der Nachkriegsgeschichte. Jeden Tag lesen wir neue Hiobsbotschaften. Die Bundesregierung startet einen verzweifelten Versuch, den Kapitalismus zu retten, statt in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu investieren. DIE LINKE kritisiert die Politik der Regierung und präsentiert eigene Vorschläge.

500.000.000.000 Euro: Vom großen und kleinen Geld

Dieselbe Regierung, die bisher behauptete, dass wir keine 300 Millionen Euro für die Anpassung des Arbeitslosengeldes II an die Inflationsrate übrig hätten, spannt einen sog. Schutzschirm von 500 Mrd. Euro über Banken, weil die sich verzockt haben.

Alle elementaren Forderungen für mehr soziale Gerechtigkeit wurden bisher mit dem Argument abgelehnt, die Kassen seien leer, man wolle die kommenden Generationen nicht belasten.

Stattdessen erleben wir jetzt, dass der Staat für den Schutz der Reichen mit über tausend mal höheren Beträgen aufkommt als für die Bedürftigen.

Die kommenden Generationen, die man angeblich mit Schulden nicht belasten wollte, werden nun zahlen für unzureichende öffentliche Dienstleistungen, mangelhafte Infrastruktur, ein sozial fragmentiertes Gesundheitswesen, Altersarmut, schlechte Bildungseinrichtungen, fehlende Arbeitsplätze und hohe ökologische Belastungen.

Größte Umverteilung in der Nachkriegsgeschichte

Die aktuelle Finanzkrise ist eine Folge der falschen Politik der Regierungen unter Rot/Grün und der Großen Koalition, welche Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung bei gleichzeitigem Abbau der Staatsquote zu ihrem Regierungsziel erklärten. Diese neoliberale Politik ist unter anderem durch eine intensive Verteilungspolitik von unten nach oben gekennzeichnet, wobei sich der Staat gleichzeitig aus der Verantwortung für die Folgen dieser Politik zurückzieht. Sie ist undemokratisch, weil sie nicht die Interessen der Mehrheit, sondern einer kleinen Minderheit durchsetzt.



Was in der aktuellen Diskussion nicht erwähnt wird, ist die Frage, woher das viele Geld kommt, was zur Blase auf den internationalen Finanzmärkten anwachsen konnte und was jetzt in Billionenhöhe verbrannt wird. Ein großer Teil davon stammt aus der Umverteilung zu Gunsten der Kapitalvermögen. Extrem hohe Gewinne durch Arbeitsplatzabbau, Steuerentlastung und Millionenerbschaften landeten eher auf dem Kapitalmarkt, weil man sich dort höhere Profitraten erhoffte, als dass sie in der Realwirtschaft investiert wurden. Weitere Milliarden kommen aus dem privatisierten Bereich der Sozialsysteme.

Banken und Investmentgesellschaften schufen dafür immer neue Finanzprodukte, um dem Drang nach Kapitalrenditen von bis zu 25 % nachzukommen. Kreditfinanzierte Spekulation mit unvorstellbar großen Summen und Risiken und außerbilanzielle Geschäfte (Derivate) erhöhten den Geldumlauf um das 30fache dessen, was durch reale Wirtschaftstätigkeit erzielt werden konnte.

Die hohen Renditen übten zugleich gewaltigen Druck auf die produktiven Bereiche aus. Dort wollte man ähnlich hohe Profite erzielen.

Finanzkrise kann leicht zur Weltwirtschaftskrise werden

Rationalisierungsdruck, Arbeitsplatzabbau, Zerschlagung von Konzernen und Ausgliederung waren und sind die andere Seite der gleichen Medaille des finanzgesteuerten Kapitalismus.

Die Finanzkrise wird die ohnehin bereits begonnene Krise in der Realwirtschaft erheblich verschärfen. Der Export wird aufgrund der Kaufkraftverluste in den USA und den am Abschwang beteiligten EU-Staaten deutlich zurückgehen. Der Binnenmarkt wird das nicht auffangen können, weil in Deutschland über Jahre der Reallohn gesunken und die Menschen kein Geld zum konsumieren übrig haben.

Das Hilfsprogramm der Regierung muss in vielfacher Hinsicht von der Mehrheit der Bevölkerung bezahlt werden. Dieses Geld fehlt an anderer Stelle: Bei der Finanzierung der Renten, des Gesundheitssystems, bei der

Bildung, Kindertagesstätten und anderen wichtigen sozialen Aufgaben. Erste Städte und Gemeinden, die sich trotz aller Warnungen an Cross Border Leasing Geschäften beteiligt haben, können zusätzlich Millionen verlieren.

In dieser Situation drängen schon die ersten Stimmen von Wirtschaftslobbyisten nach Zurückhaltung in den Lohntariffrunden an die Öffentlichkeit. Neue Sparrunden im sozialen Bereich und die weitere Privatisierung von Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge stehen mit Hinweis auf leere Staatskassen bevor.

Genau das wäre völlig falsch. Eine Politik weiter sinkender Reallöhne, Ausdehnung des Niedriglohnbereiches oder eine Sparpolitik zu Lasten der Beschäftigten, der Erwerbslosen, der RentnerInnen oder des öffentlichen Dienstes, wird die Krise nicht lösen sondern verschärfen.

Deshalb fordert DIE LINKE

- Den deutlichen Anstieg der Löhne und die Trockenlegung des Niedriglohnbereiches durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8 Euro plus, der schnell auf 10 Euro steigen soll.
- Ein Sofortprogramm zur Stützung der Konjunktur von 30 Milliarden und ein Zukunftsinvestitionsprogramm von 50 Mrd. für Schulen, Hochschulen, Umwelt, Gesundheit und den Ausbau der Infrastruktur.
- Zur Finanzierung fordern wir die Einführung einer Millionärssteuer, die Einführung der Vermögenssteuer und die Korrektur der verfehlten Steuerpolitik der letzten 10-15 Jahre.

Der Staat darf jetzt nicht auf die Rolle als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus reduziert werden. Der öffentliche Sektor muss deutlich gestärkt werden. Die Wirtschaft muss demokratisch kontrollierbar gestaltet werden. Sie muss den Interessen der Menschen dienen und nicht umgekehrt.

Die Regierung ist mit verantwortlich

Seit Jahren warnen ATTAC, Gewerkschaften, linke Ökonomen und auch die Partei DIE LINKE vor den Risiken der liberalisierten Finanzmärkte. Alle Warnungen wurden bislang in den Wind geschlagen! Die SPD-Grüne Regierung und die Große Koalition haben alles getan, um die riskanten Finanzgeschäfte und die Spekulation zu befördern.

Der SPD-Finanzminister Eichel stellte den Verkauf von Beteiligungen völlig steuerfrei. Dadurch wurde den Investmentfirmen Tür und Tor für Spekulationen geöffnet. Unter dem heutigen Finanzminister Steinbrück wurden sowohl die rechtliche Grundlage für die Hedgefonds geschaffen als auch die Verbriefung von Krediten zu Wertpapieren (Derivate) gefördert und steuerlich begünstigt.

Damit war das Casino Deutschland erst richtig in Schwung. Betroffen davon sind alle Bürger/Innen, die Arbeitnehmer/Innen, die Rentner/Innen und die Empfänger/Innen sozialer Leistungen, die seit Rot/Grün

mit fallenden Löhnen, fallenden Renten und sinkenden sozialen Leistungen bezahlen müssen.

Von dieser Verantwortung können sich die Politiker, die den freien Märkten und der Deregulierung das Wort geredet haben, nicht freisprechen!

DIE LINKE erkennt die Notwendigkeit an, die Krise in ihrer Wucht zu begrenzen.

Die Ursachen der jetzigen Finanzmarktkrise sind nicht in erster Linie Fehlleistungen oder die Gier einiger Bankmanager, sondern der politisch gewollte Ausbau eines Systems, aus dem sich bis zum Zusammenbruch eine kleine, aber mächtige Elite unermesslich bereichern konnte. Diese kleine mächtige Elite aus Politik und Wirtschaft will jetzt den entstandenen Schaden der Allgemeinheit aufbürden.

Die Parteien der Großen Koalition und auch PolitikerInnen der Grünen und der FDP versuchen ihren eigenen Anteil an der Krise zu verschleiern und hauptsächlich die USA und gierige Bankmanager dafür verantwortlich zu machen.

Wer jedoch seine Verantwortung für die Vergangenheit leugnet, kann auch keine glaubwürdigen Lösungen für die Zukunft vorweisen. Anstatt Banken mit staatlichen Steuermilliarden ein "Weiterso" zu ermöglichen, fordert DIE LINKE:

- Diejenigen, die von der Finanzspekulation profitiert haben, müssen jetzt zur Kasse und zur Verantwortung gezogen werden.
- Banken, für die der Staat einspringt, müssen unter öffentliche Kontrolle gestellt - also verstaatlicht werden.
- Die Regulierung und öffentliche Kontrolle des Finanzsystems muss sofort erfolgen. Riskante Spekulationsgeschäfte müssen verboten, Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden.

Alle Anträge der Partei DIE LINKE auf Regulierung, Einführung einer Börsenumsatzsteuer, Managerhaftung, usw. wurden von der Regierung bisher lächelnd ignoriert und abgelehnt. Jetzt haben sie Einlass zumindest in die Rhetorik der Regierung gefunden. Die Bevölkerung erwartet aber neben der Rhetorik jetzt auch Taten!

DIE LINKE.

BADEN - W Ü R T T E M B E R G

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
Tel: 0711-241045, Mail: info@die-linke-bw.de
Im Internet: www.die-linke-bw.de
V.i.S.d.P.: Bernhard Strasdeit

„Abrüstung und eine klare Friedenspolitik“

Auszüge der Rede von Bernd Rießinger am 20.9. auf der Abschlusskundgebung gegen den Afghanistankrieg auf dem Stuttgarter Schlossplatz

Nach vorsichtigen Schätzungen kosteten die Kriege im Irak und in Afghanistan bisher über 604 Milliarden Dollar. Der US-Rechnungshof schätzt die Gesamtausgaben für diese Kriege bis 2017 auf die unvorstellbare Summe von 2,4 Billionen Dollar oder 1,7 Billionen Euro.

Es ist unschwer auszurechnen, dass viele Schulen und Krankenhäuser dafür gebaut, wie viele Lehrer, Ärzte und Krankenpfleger/innen ausgebildet, wie viele Brunnen gebohrt und wie viele Nahrungsmittel gegen den Hunger beschafft werden können. Die Kosten des Afghanistan-Krieges werden auf knapp 100 Milliarden geschätzt. Umgerechnet auf jeden Einwohner in Afghanistan bedeutet das 3.000 Euro. Das jährliche Bruttoinlandsprodukt Afghanistans liegt bei 228 Euro pro Kopf. Allein diese Zahlen zeigen die ganze Verlogenheit der offiziellen Propaganda, dass es um Wiederaufbau, humanitäre Hilfe, zivile Entwicklung oder sonstige schönen Dinge ginge.

Hier kann man der Bundesregierung nur zurufen: Wenn ihr der Bevölkerung helfen wollt, dann schickt keine Panzer und Soldaten, Flugzeuge und mobile

Einsatzgruppen! Gebt Geld und Hilfe direkt – das wäre deutlich humaner und billiger! Schulen und Straßen können andere besser bauen. Und dass die Bundeswehr zu den Experten für die Emanzipation der Frauen gehört, kann auch niemand ernsthaft behaupten. Gemessen an den offiziellen Zielen ist der Auslandseinsatz in Afghanistan längst gescheitert.

Der Terrorismus ist nicht eingedämmt, sondern die Taliban sind gestärkt. Es gibt mehr und nicht weniger soziale Not. 93 Prozent des Weltopiummarktes werden von Afghanistan bedient. Mitglieder der Regierung Karsai sind Drogenbarone. Aufgerüstete Gruppen, Regionalfürsten und Clans beherrschen das Land. Viele Menschen sind auf der Flucht und Kinder verhungern. (...)

Nirgendwo geht es bei diesen Kriegen um die vorgegebenen Kriegsziele, schon gar nicht um die Herstellung von Demokratie, Durchsetzung von Menschenrechten oder anderen hehren Ansprüchen. In all diesen Kriegen geht es in erster Linie um zwei Ziele:

Sicherung der Rohstoffe, insbesondere Erdöl und Erdgas und deren Transport und um den Ausbau der geostrategischen Einflusszonen. Das sind eindeutig imperialistische Ziele und müssen als solche benannt und kritisiert werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass manche Regionen in der Welt einem Pulverfass gleichen und Völker, Regionen, ganze



Staaten zum Spielball dieser Interessen werden. Krieg, zudem noch als Mittel zur gewaltsamen Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen, muss weltweit geächtet und darf niemals toleriert werden.

Das Anwachsen sozialer Gegensätze, die wachsende Kluft zwischen reichen und armen Ländern und zwischen Reichen und Armen in den Ländern, die um sich greifende Perspektivlosigkeit befördert, dass Menschengruppen, ja ganze Völker gegen andere aufgehetzt und für die Interessen einiger weniger missbraucht werden.

Krieg, Nationalismus, Aufrüstung und soziale Ungerechtigkeit gehen häufig eine unheilige Allianz ein. Deshalb sagen wir: Frieden und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit und für Frieden. Deshalb ist heute das politische Mandat der Gewerkschaften gefordert, gleich in mehrfacher Hinsicht:

als zivilgesellschaftliche Kraft gegen die Militarisierung der Außenpolitik, als rechtsstaatliche Kraft gegen die Ignorierung internationalen Rechts, als demokratische Kraft zur Verteidigung der innerstaatlichen Freiheitsrechte, als solidarische Kraft, die die Schattenseiten der Globalisierung nicht ausspart und nicht als unabänderlichen Sachzwang postuliert. In dem Gestrüpp von Interessen, Propaganda und Lügen wollen wir einige klare Grundsätze vertreten:

Deutschland darf sich an keinem Auslandseinsatz beteiligen, nicht in Afghanistan und auch nicht anderswo auf der Welt!

Wir stehen für Abrüstung und eine klare Friedenspolitik.

Wir stehen für ein friedliches Europa und lehnen den Aufbau einer europäischen Interventionsarmee ab.

Anstelle der sozialdarwinistischen Sicherung der begrenzten Rohstoffreserven durch Militäreinsätze streben wir eine gerechte Weltwirtschaftsordnung an, in der mit den Ressourcen verantwortungsbewusst, schonend und gleichberechtigt umgegangen wird.



Der Tübinger Bloch-Chor besuchte auf Einladung von Heike Hänsel den Bundestag in Berlin. Eine Petition gegen den Bundeswehreininsatz in Afghanistan wurde musikalisch übergeben. In der Berliner Volksbühne bot der Chor politische Lieder und traf Jan Robert Koch, den Sohn von Karola und Ernst Bloch.

Kein Frieden mit der NATO!

**IMI-Kongress 8./9. November 2008
am 8. und 9. November 2008
im Schlatterhaus Tübingen, Österbergstraße 2**

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die NATO von einem – wenigstens formal – auf die Landesverteidigung ausgerichteten Bündnis in eine global agierende Interventions- und Besatzungsarmee verwandelt. Verschleiert hinter humanitären Motiven, geht die NATO zur Durchsetzung der Interessen ihrer Mitgliedstaaten immer aggressiver vor. In Europa hat sie bis an die Grenzen Russlands die Armeen nach ihren Vorgaben umstrukturiert und aufgerüstet. Das nach Moskau orientierte Jugoslawien hat sie bombardiert und einige verbleibende Kleinstaaten als Protektorate der EU-Herrschaft unterstellt. In Afghanistan führt sie eine aggressive Aufstandsbekämpfung durch, die zu immer mehr Gewalt und weniger Sicherheit für die Bevölkerung führt. Die NATO hat auch das Mittelmeer zum Kriegsgebiet gegen den internationalen Terrorismus erklärt und ihre Marine ist ständig vor der arabischen Halbinsel präsent. Mit dem Raketenabwehrschild in Polen und Tschechien befördert sie ein neues Wettrüsten und in Georgien riskiert das Bündnis einen neuen Kalten Krieg.

Deutschland ist Mitglied der NATO, verstrickt sich immer tiefer in den Krieg in Afghanistan und stellt dem Bündnis neben Soldaten auch wichtige Infrastruktur zur Verfügung: Zum Beispiel mit dem Flughafen Halle/Leipzig ein wichtiges Logistikdrehkreuz für die weltweiten Einsätze des Militärbündnisses, mit der NATO-Schule in Oberammergau und dem Marshall Center in Garmisch zentrale Einrichtungen zur strategischen Planung. Ganz Deutschland ist von einer NATO-Pipeline für Kerosin durchzogen und der Oberbefehlshaber der NATO ist in Stuttgart stationiert. Die deutsche Stadt Kehl wird im Frühjahr 2009 zudem gemeinsam mit Straßburg Schauplatz der Feierlichkeiten zum 60jährigen Jubiläum der Allianz. Die Friedensbewegung und viele weitere Gruppen planen Massenproteste gegen die

Feierlichkeiten, in deren Rahmen die NATO eventuell sogar ihr Neues Strategisches Konzept vorlegen und mit diesem eine weitere Forcierung ihrer aggressiven Expansionspolitik beschließen wird. Der diesjährige Kongress der Informationsstelle Militarisation soll zur Mobilisierung zu diesen Protesten beitragen und die Forderung nach der längst überfälligen Auflösung der NATO inhaltlich unterfüttern.

Vorveranstaltung am Freitag, 7.11.08:

Krieg ist Frieden: NATO-Propaganda rückwärts gelesen, multimedialer Vortrag ab 19 Uhr in der Hausbar der Schellingstrasse 6

Samstag, 8.11.2008:

12:00 h: Kongresseröffnung; 12:30-14:00 Die Waffe des Westens – Strukturen und Strategien der NATO (Tobias Pflüger). 14:30-16:00 h: Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung in Afghanistan: Prototyp einer neuen NATO-Strategie (Jürgen Wagner). 16:30-18:00 h: Die Kolonialpolitik der NATO auf dem Balkan (Christoph Marischka). 19:30-21:00 h Kameraden im Kaukasus: NATO und EU im Schulterschluss für eine neue Weltordnung (Martin Hantke).

Sonntag, 9.11.2008:

9:15-10:30 Kanonenboote und Piraten: Die NATO als Seemacht (Claudia Haydt). 10:45-12:00 Schild und Schwert: Aggressive Atompolitik und Raketenabwehr der NATO (Arno Neuber). 12:00-14:00 Lokale Einrichtungen für globale Kriege: Kein Frieden mit der NATO in Deutschland (mit

Franz Iberl, Jens Rügeberg, Tobias Pflüger und Mitgliedern des Regionalen Aktionsbündnisses gegen den NATO-Gipfel)

Der Kongress wird unterstützt von: Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen, Rosa Luxemburg Forum Baden-Württemberg, DFG-VK Tübingen und Attac Tübingen.

Wer weitere Informationen zum Kongress haben möchte, kann sich gerne im IMI-Büro melden: 07071-49154

Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen, Tel: 07071/49154, Fax: 07071/49159 imi@imi-online.de; www.imi-online.de



Nein zu Krieg – Nein zur NATO

Am 5. und 6. Oktober fand in Stuttgart ein internationales Vorbereitungstreffen gegen den NATO Gipfel 2009 in Strassbourg und Kehl (jetzt noch Baden-Baden) statt. Auf diesem Treffen nahmen Aktivisten aus 16 Ländern teil und es wurde ein Internationaler Aufruf verabschiedet.

Baden-Baden wird zur Polizeifestung

Gut fünf Monate vor dem Gipfel zum 60-jährigen Bestehen der NATO in Baden-Baden und Strassbourg bereitet sich Baden-Württembergs Polizei auf einen Großeinsatz vor. Laut dpa werden allein auf deutscher Seite 12 000 Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet im Einsatz sein. Baden-Baden wird zu einer Festung der NATO-Führung. Für den Gipfel am 3. und 4. April 2009 gilt höchste Sicherheitsstufe. Der Polizeieinsatz wird einen zweistelligen Millionenbetrag kosten.

DIE LINKE in Baden-Württemberg unterstützt auf Beschluss des Landesvorstandes diesen Aufruf anlässlich des NATO-Gipfels in Strassbourg im April 2009

Aus Anlass des 60. Geburtstages der militärischen Organisation NATO rufen wir alle Menschen auf im April 2009 nach Strassbourg und Kehl zu kommen und gegen die aggressive Militär- und Nuklearpolitik der NATO zu demonstrieren und für unsere Vision einer gerechten Welt ohne Krieg einzutreten.

Die NATO ist zunehmend ein Hindernis für Frieden in der Welt. Seit dem Ende des Kalten Krieg hat die NATO versucht, sich als ein Mittel für militärisches Agieren der „internationalen Gemeinschaft“ neu zu erfinden, einschließlich der Forcierung des so genannten „Krieges gegen den Terror“. In der Realität ist die NATO ein Ve-

hikel für den Einsatz von Macht unter US-Führung, mit Militärbasen auf allen Kontinenten, unter Umgehung der Vereinten Nationen und des Völkerrechts, die NATO beschleunigt die Militarisation und eskaliert Rüstungsausgaben – NATO-Staaten sind für 75% der globalen Militärausgaben verantwortlich. Seit 1991 betreibt die NATO diese expansionistische Politik, um die strategischen Interessen der NATO und den Zugang zu Ressourcen voranzutreiben. Sie hat auf dem Balkan unter dem Deckmantel einer so genannten „humanitären Intervention“ Krieg geführt, und führt seit 7 Jahren einen brutalen Krieg in Afghanistan, der immer mehr tragisch eskaliert. Inzwischen hat sich der Krieg nach Pakistan ausgebreitet.

In Europa erhöht die NATO Spannungen, sie forciert den Rüstungswettlauf mit einer so genannten „Raketenab-

wehr“, einem massiven Nukleararsenal und einer nuklearen Erstschlagsstrategie. Die Politik der EU ist zunehmend an die der NATO angebunden. Die andauernde und potentielle Erweiterung der NATO nach Osteuropa und darüber hinaus und ihre „out-of-area“-Einsätze verwandeln die Welt in einen gefährlicheren Ort. Der Konflikt im Kaukasus ist ein klarer Hinweis auf diese Gefahren. Jede Erweiterung der Grenzen der NATO steigert die Wahrscheinlichkeit von Krieg, einschließlich des Einsatzes von Atomwaffen.

Um unsere Vision einer friedlichen Welt zu erreichen lehnen wir militärische Antworten auf globale und regionale Krisen ab – sie sind Teil des Problems, und nicht deren Lösung. Wir weigern uns, unter dem Terror von Atomwaffen zu leben, und lehnen einen neuen Rüstungswettlauf ab. Wir müssen die Militärausgaben reduzieren – und Ressourcen für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse einsetzen. Wir müssen alle fremden Militärbasen schließen. Wir lehnen alle militärischen Strukturen ab, die für Militärinterventionen genutzt werden. Der Umgang der Bevölkerungen der Länder muss demokratisiert und demilitarisiert werden. Es bedarf neuer Formen der friedlichen Kooperation, um eine sicherere und gerechtere Welt zu schaffen.

Wir appellieren, diesen Aufruf zu verbreiten, in Deinem direkten Umfeld und den sozialen Bewegungen. Wir rufen dazu auf, nach Straßburg und Kehl zu kommen, um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen. Wir glauben daran, dass eine friedliche Welt möglich ist.

Folgende vier Elemente von Aktivitäten soll es während der Anti-NATO-Proteste geben:

Eine internationale Großdemonstration am Samstag 4. April, eine internationale Anti-NATO-Konferenz,

direkte Aktionen und Aktionen zivilen Ungehorsams mit Schwerpunkt am Freitag 3. April und

ein internationales Widerstandscamp vom 1.- 5. April 2009. Verabschiedet in Stuttgart am 5. Oktober 2008

Tickende Zeitbombe

von Annette Groth

Ich habe an dem Internationalen Vorbereitungstreffen für die Anti-Nato Aktionen aus Anlass des 60 jährigen Bestehens der Nato in Stuttgart und an dem ESF in Malmö teilgenommen. Ausserdem hat DIE LINKE kürzlich den Präsidenten und den Koordinator von „Moruroa e tatou“, einer polynesischen Vereinigung der Atomtestopfer, zu Besuch.

Bei allen drei Veranstaltungen war das Thema Atomenergie und Atomwaffen sehr präsent.

Auf einem Seminar in Malmö wurde insbesondere die ungeklärte Frage der Atommüllentsorgung behandelt. Dieses Problem beschäftigt uns schon jetzt, ich nenne hier nur die leckenden Atommüllfässer in Assen, es wird in den nächsten Jahren aber wesentlich drängender, weil zahlreiche Atomreaktoren in den nächsten Jahren abgewrackt werden. Nur wo der „strahlende“ Müll gelagert werden soll, ist offen. Trotzdem sollen in Europa Dutzende von neuen Nuklearanlagen gebaut werden. Das ist unverantwortlich. Atomenergie ist nicht billig, wie uns suggeriert wird, sondern die teuerste und auch die gefährlichste Energiequelle. Und von der Atomenergie ist es zu Atomwaffen auch nicht weit. Die EU hat gerade einen Atomkooperation mit Indien vereinbart, obwohl Indien den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat, Frankreich will einen Atomreaktor nach Tunesien liefern und so geht die Atomproliferation weiter. In

Malmö beklagte eine junge Türkin den Krebstod von vielen Familienangehörigen in den letzten Jahren, alle wohnten am Schwarzen Meer, eine Region, die von dem Atomunfall in Tschernobyl sehr betroffen ist. Ein Iraker sagte, dass laut Studien ein Drittel der irakischen Bevölkerung an Krebs leidet, das ist auf Uranmunition zurückzuführen.

Am besten kann man die Auswirkungen der Atomenergie in Polynesien beobachten, wo die Franzosen zwischen 1966 und 1996 46 Atombomben in der Atmosphäre gezündet und 147 unterirdische Atomtest durchgeführt haben. Seit Jahren leckt Radioaktivität aus dem Moruroa-Atoll, das von den Atomtests wie ein Schweizer Käse durchlöchert ist. Das ist eine tickende Zeitbombe und ich möchte mir nicht die Auswirkungen vorstellen, wenn das Atoll bei einem Tsunami oder Erdbeben auseinander bricht. Der Verein „Moruroa e tatou“ setzt sich für Kompensationszahlungen von der französischen Regierung für verstrahlte Arbeiter ein, was bislang noch keinen Erfolg hatte.

„Der Kreislauf des Todes, wie wir es nennen, betrifft sehr viele Länder. Opfer und Gesundheitsschädigungen gibt es bereits bei der Uranförderung, dann bei dem Betrieb der Atomkraftwerke und nicht zuletzt auch bei der Endlagerung des Atommülls, die überall ein Riesenproblem darstellt. Gerade bei der Endlagerung sehen wir uns mit unserer Insel Moruroa im gleichen sinkenden

Boot. Ein weltweiter Protest gegen diese menschenverachtende Atomtechnologie ist mehr als überfällig. Darum hoffen wir auch, dass bei den geplanten internationalen Protestaktionen gegen den 60. Geburtstag der NATO der Zusammenhang zwischen den Atomtests im Pazifik, den Atomstestopfern, den Nuklearanlagen und den Atomwaffen der NATO thematisiert wird.“ (Roland Oldham, Präsident von „Moruroa e tatou“)

Diesen Appell aus dem Pazifik will ich in die Anti-NATO Kampagne einbringen. Nein zur NATO heißt auch Nein zur Atomenergie und zu Atomwaffen.



Am 12. September hatte der Kreisverband Ulm/Alb-Donau den Europaabgeordneten Tobias Pflüger zu Gast in Ulm. Anlässlich der anstehenden Abstimmungen im Bundestag zur Verlängerung des Mandates der Bundeswehr in Afghanistan hatte die Friedensbewegung zu zwei Großdemonstrationen in Berlin und Stuttgart aufgerufen. Neben der Wahlkampfunterstützung für Bayern mobilisierten wir in Ulm mit einem Infostand für eine Veranstaltung und riefen dazu auf am 20.9.08 nach Stuttgart zu fahren.

Flüchtlinge aufnehmen: „Save-me“

Unbeeindruckt von der Not der vier Millionen irakischen Flüchtlinge, beschließt die Konferenz der europäischen Justiz- und Innenminister am 25./26.9., das Thema Aufnahme von Flüchtlingen zu vertagen. In den völlig überfüllten Flüchtlingslagern der Nachbarstaaten des Irak leben die Flüchtlinge unter schlimmsten Bedingungen, so dass sogar der UNHCR nicht wirksam helfen kann. Vor den Küsten der Europäischen Union sterben täglich Menschen, die verzweifelt versucht haben, in Europa Schutz vor Verfolgung zu finden. Aber die Politiker schieben das Problem zur weiteren Prüfung auf die lange Bank.

Man fühlt sich an die Konferenz von Evian 1938 erinnert, bei der die vertretenen Staaten nicht bereit waren, ihre Aufnahmebedingungen zu lockern und eine humanitäre Lösung für die Verfolgten des NS-Regimes zu finden. Als Reaktion auf das millionenfache Flüchtlingsleid, das die nationalsozialistische Diktatur und der Krieg über ganz Europa gebracht hatten, kam es in den Nachkriegsjahren zu Bemühungen, die Flüchtlingsrechte auf internationaler Ebene zu schützen, u. a. durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die in diesem Jahr 60 Jahre alt wird. Die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg sind in Vergessenheit geraten.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg protestiert zusammen mit anderen Flüchtlingsorganisationen gegen diesen eklatanten Verrat an den Zufluchtsuchenden und den Konventionen und Gesetzen zum Flüchtlingsschutz. Damit der Protest nicht nur verbal bleibt, hat der Flüchtlingsrat sich einer Kampagne angeschlossen, die in München begonnen hat und von Pro Asyl koordiniert wird: der Save-me-Kampagne. Sie will dafür sorgen, dass Menschen aus den Flüchtlingslagern nach Deutschland geholt und in Deutschland unbürokratisch und dauerhaft aufgenommen werden. Bereits drei Städte in Baden-Württemberg haben nach dem Münchner Vorbild die Kampagnen anlässlich des Tages des Flüchtlings am 3. Oktober eröffnet: Heidelberg, Reutlingen und Tübingen.

Ab sofort kann sich jeder auf unter www.save-me-kampagne.de über die Kampagne informieren, und die Einwohner der genannten Städte können Paten für einen Flüchtling werden. Mit dieser Patenschaft bekunden sie ihre Unterstützung für die Kampagne und ihre Bereitschaft für die Aufnahme von Flüchtlingen in ihrer Stadt. Wenn schließlich Flüchtlinge kommen dürfen, helfen sie diesen bei ersten Schritten in die neue Gesellschaft.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Ulrich Maurer am 13. Oktober in einem Interview der „Stuttgarter Zeitung“ auf die Frage, ob ein Linksruck der SPD zu erwarten sei:

Bei dem neuen Führungspersonal im Bund erwarte ich das nicht. Ich glaube aber, dass die Situation in einzelnen Ländern völlig anders ist. Deswegen tun wir in Hessen alles, damit die Regierung Ypsilanti zustande kommt, weil wir dort eine SPD vorfinden, die in ihrer Mehrheit mit uns in wichtigen Fragen übereinstimmt.

(...) 2009 haben wir ein Wahljahr mit Vorspiel, Hinspiel und Rückspiel.



Das Vorspiel sind acht Kommunalwahlen plus Europawahl. Das Hinspiel sind die gleichzeitigen Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland vier Wochen vor der Bundestagswahl. Die Hochphase des Bundestagswahlkampfes wird somit dominiert von den Ergebnissen in Thüringen und an der Saar. In beiden Ländern ist die SPD mit einem sehr linken Programm vertreten, und wahrscheinlich wird sie sich nach der Wahl in derselben Situation befinden wie in Hessen – oder sogar im Zwiespalt, entweder Juniorpartner der Linkspartei oder der CDU zu werden. Ich sage stürmische SPD-Landesparteitage dort voraus. Die Frage, was im Bund mit der SPD geht, lässt sich daher erst in den Wochen nach der Bundestagswahl beantworten. Da muss man sehen, welches Führungspersonal die SPD dann hat.

Faire Preise, Faire Löhne – weltweit!

MdB Karin Binder unterstützte Aktionswoche für Fairen Handel!

Von Armut trotz Arbeit sind in der Bundesrepublik immer mehr Menschen betroffen. Eine Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation sagt: Rund 6,5 Millionen und somit 22 Prozent aller abhängig Beschäftigten arbeiteten im Jahr 2008 zu Niedriglöhnen. Heute leben zudem rund 7 Mio. Menschen von Leistungen auf dem Niveau der Sozialhilfe. Durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors sowie durch Hartz IV hat sich diese Entwicklung beschleunigt. Besonders dramatisch ist die Armutssituation bei Kindern. Nach Daten des Familienministeriums leben heute 17 Prozent von ihnen in Armut.

DIE LINKE streitet in der Bundesrepublik für faire Löhne und ein existenzsicherndes Einkommen. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Lohnentwicklung, die die Beschäftigten am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt. Der große Bruder dieser Politik ist auf internationaler Ebene gewissermaßen die Fair-Trade-Bewegung. Sie setzt sich dafür ein, dass Bauern aus Entwicklungsländern, die in den Industrienationen nachgefragte landwirtschaftliche Güter, wie Kaffee, Tee und Schokolade produzieren, von den internationalen Großeinkäufern nicht übervorteilt und erpresst werden, sondern



einen gerechten und existenzsichernden Lohn bekommen.

Wer denkt beim Einkauf schon daran, dass z.B. die Bananen nur deshalb so billig sind, weil ihre reiche Ernte in Nicaragua durch das Besprühen mit hochgiftigen Pflanzenschutzmitteln gesichert wird. Und darüber, dass die Erntehelfer mitbesprüht werden? Immerhin etwa fünf Prozent aller Deutschen berücksichtigen derzeit bei ihrem Konsumverhalten ethische und ökologische Aspekte. Den-

Karin Binder (MdB) erneut im Wahlkreis Karlsruhe-Stadt für den Bundestag nominiert

DIE LINKE hat am 7. Oktober 2008 auf ihrer Nominierungsversammlung für den Bundestags-Wahlkreis Karlsruhe-Stadt (WK 272) erneut Karin Binder als Direktkandidatin der LINKEN für Karlsruhe gewählt. In ihrer Vorstellung hatte sie über parlamentarische Initiativen vor Ort berichtet, so über den Kampf um den Erhalt der sog. Zivilklausel für das Karlsruher Institut of Technology (KIT). Diese Zivilklausel ist bisher Bestandteil des Gesellschaftsvertrags des Forschungszentrums und schließt die Vermischung von ziviler und militärischer Forschung (Dual Use) aus. Die Abgeordnete hatte eine Kleine Anfrage an die Regierung gestellt in Bezug auf die Zivilklausel und auf den Erhalt der betrieblichen Mitbestimmung im KIT.

noch werden Fair-Trade-Produkte in der Tendenz immer populärer und immer mehr Menschen unterstützen die Idee dahinter.

Während man auf nationaler Ebene durch Gesetze und die ausgehandelten Vereinbarungen der Gewerkschaften die Lohnpolitik beeinflussen kann, fehlen diese Mittel auf internationaler Ebene und in den armen Entwicklungsländern. Die Fair-Trade-Bewegung setzt auf die Macht der Verbraucher, die sich mit Ihrem Kaufverhalten der Strategie der Großkonzerne entziehen. Sie unterstützt die Bauern vor Ort, eigene Vertriebswege zu organisieren und direkt an Kunden in den westlichen Ländern verkaufen – ohne die preisdrückenden Zwischenhändler an den internationalen Rohstoffbörsen.

Faire Löhne und rentable Vertriebsstrukturen sichern den Bauern Zukunftsperspektiven, ermöglichen Bildung und damit die Herausbildung von stabilen Zivilgesellschaften. Zusätzliche schaffen die Fair-Trade-Betriebe wichtige Arbeitsplätze für Frauen, die sie unabhängig von ihren Männern machen können.

Fair-Trade-Produkte sind längst nicht mehr viel teurer als manche Produkte

Deckel muss weg

Über 130.000 Menschen, darunter viele Klinikbeschäftigte aus Baden-Württemberg, demonstrierten am 25.9. in Berlin gegen die angespannte Finanz- und Personallage an den deutschen Krankenhäusern. Mit dabei waren aus dem Landesverband u.a. die Bundestagsabgeordnete Karin Binder, Heike Hänsel und Uli Maurer, Gerlinde Strasdeit, Stadträtin der LINKEN und Personalrätin am Uniklinikum in Tübingen, Adelbert Ringwald aus Emmendingen (siehe



Bild). Das aus Gewerkschaften, Städtetag, Kliniken und Verbänden bestehende „Aktionsbündnis zur Rettung der Krankenhäuser“ kritisierte die von der Bundesregierung beschlossene Finanzspritze als unzureichende „Mogelpackung“. Das Bündnis fordert die Abschaffung der noch unter schwarz-gelb eingeführten Budgetdeckelung für deutsche Kliniken. Diese hatte für einen rigiden Sparkurs in den Krankenhäusern gesorgt und Privatisierungen Vorschub geleistet. Wenn es in den kommenden Jahren keine umfassende finanzielle Hilfe vom Bund zur Schließung der bis Ende 2009 drohenden Finanzierungslücke von 6,7 Milliarden Euro gebe, müssten weitere Kliniken schließen und seien zehntausende Arbeitsplätze in Gefahr, warnte das Aktionsbündnis der größten gesundheitspolitischen Demonstration in der Nachkriegsgeschichte. Die verdi-Aktionen gehen dezentral im November weiter.

im Supermarkt. Ein Preisvergleich lohnt sich, weil die Qualität der Fair-Trade-Produkte meist höher ist. Dennoch: viele können sich diese Produkte nicht leisten. Deshalb setzt sich DIE LINKE für höhere Löhne und die Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze ein. Aus sozial- und verbraucherpolitischer Sicht kritisieren wir, dass die Politik die großen Supermarktketten mit ihren Billigangeboten begünstigt.

Die Fair-Trade-Bewegung ist ein wichtiges Mittel im Kampf für faire Löhne und ein existenzsicherndes Einkommen weltweit. Erfolg kann sie nur haben, wenn immer mehr Menschen sich den Discount-Angeboten entziehen. Das geht aber nur auf Basis von gerechten Löhnen und einem existenzsichernden Einkommen.

DIE LINKE setzt sich für eine andere Ausrichtung der Entwicklungspolitik ein. So muss es uns auch gelingen in vielen Ländern grundsätzlich demokratische Entwicklungen auf friedlichem Wege zu unterstützen, die Absatzmöglichkeiten für die Entwicklungsländer durch eine Aufhebung der EU-Schutzzölle zu verbessern und auf eine gerechte Landverteilung hinzuwirken. Auch darf nicht hingenommen werden, dass wichtige Güter – wie Wasser – zunehmend zur Handelware werden und damit der breiten Masse der Menschen und auch den Kleinbauern entzogen werden.

Der Kampf gegen Armut muss weltweit und auf verschiedenen Ebenen geführt werden. Wichtig ist es aber immer

auch zu wissen, dass der Kampf gegen weltweite Armut und Krieg auch ein Kampf für gerechte Löhne und ein Existenz sicherndes Einkommen hier ist.

Gespräche mit DGB, IG Metall und Personalvertretungen

Ende Oktober besuchte MdB Ulrich Maurer den Personalrat im Uniklinikum Tübingen und den Betriebsrat der BG-Klinik. Rund 9000 Beschäftigte sind dort tätig. Oettinger spart bei den Investitionen. Die Themen waren Krankenhausfinanzierung, Privatisierung und Ausgründungen, Tarifflicht, Befristung von Arbeitsverhältnissen und Zunahme prekärer Beschäftigung im Krankenhaus. Auch die Auswirkungen der Finanzmarktkrise wurden besprochen.

Am 21. Oktober führten Uli Maurer, Bernhard Strasdeit, Walter Kubach und Peter Ott ein Gespräch mit Rainer Bliesener und Marion v. Wartenberg vom DGB-Landesvorstand.

An einem Gespräch mit Jörg Hoffmann von der der IG Metall nahmen Roland Hamm, Heidi Scharf, Hasso Ehinger und Uli Maurer teil. Die Themen waren u.a. Alterssicherung, Gesundheitsfonds, Mindestlohn und aktuelle Tarifrunden vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise.

„Unsere Solidarität gegen eure Repression“ – Demo in Bühl

Unter dem Motto „Unsere Solidarität gegen eure Repression“ fand am 11. Oktober eine Demo in Bühl statt. Es beteiligten sich ca. 200 meist jugendliche Aktivisten, denen eine deutliche Mehrheit von Polizisten gegenüber stand.

Am 4. Juli besetzten ca. 50 bis 55 Jugendliche und junge Erwachsene ein ungenutztes und baufälliges Haus im Bühler Stadtteil Wasserbett und feierten etwa vier Stunden ein friedliches und fröhliches Grillfest. Aufgerufen hatte die „Initiative für einen selbstverwalteten Jugendraum“, deren Ziel die Schaffung eines ebensolchen alternativen Freiraums von und für Jugendlichen ist. Nach dem Ende der Aktion und im Laufe der Nacht kam es zu ungewollten, und vor allem durch eine emotional geladene Stimmung bedingten unschönen Szenen von Polizei und Teilnehmern der Besetzung. Mehrere Teilnehmer überstanden die Nacht nicht ohne Prellungen und Schürfwunden die durch die Einkesselung entstanden. Die Polizei betrieb in dieser Nacht eine Regelrecht Hetzjagd durch die Straßen Bühls. Durch eben diese Hetzjagd wurden die Personalien

von 15 Personen, darunter Personen die nichts mit der Besetzung zu tun hatten, festgestellt. Drei weitere wurden festgenommen.

14 Tage danach erfolgten Hausdurchsuchungen bei diesen 18 Personen, wobei es zur Sicherstellungen von Handys, Computern und weiterem persönlichen Eigentum kam.

Zur Demo selbst: Die Teilnehmer aus ganz Baden-Württemberg wurden bereits am Bahnhof von Polizisten empfangen. Es wurden Personalien festgestellt und Taschendurchsuchungen durchgeführt. Auch meine Tasche wurde durchsucht: Eine junge Polizistin kam auf mich zu und meinte, sie möchte den Inhalt meiner Tasche kontrollieren. Ich erwiderte ihr, sie könnte dies gerne tun, werde aber darin nur Post aus dem Bundestag finden (Ich hatte einen Brief von Karin Binder und ein Grußwort von ihr dabei). Gesagt, getan. Sie durchsuchte meine Tasche, sah den Brief, schloss die Tasche schnell murmelte noch kurz ein „Tschuldigung“ und ging zu einem Kollegen, wahrscheinlich ein Vorgesetzter. Ich werde ab jetzt wohl immer einen Brief mit dieser Absende-Adresse bei

mir führen.

Die Auftaktkundgebung des „Antifaschistischen Kollektiv Bühl“ klärte über die Vorgänge auf, danach setzte sich der Demo-Zug durch die Bühler Innenstadt in Bewegung. Vorbei am Bühler Jazz-Festival, durch das viele Menschen entlang der Demostrecke erreicht wurden. Meine Rede stand unter dem von Hannes Wader geprägten Motto: „Freunde, Genossen, DIE haben beschlossen der Demokratie den Hahn abzudrehen.“ Ich ging auf die Hintergründe ein und sprach über das neue Versammlungsgesetz. Versammlungsgesetzes. Sätze wie: „Eine Demo gegen Repression und gegen die wahren Verfassungsfeinde – die Staatsgewalt, in Personalisierung eines Gengenbachers“ oder „Da werden Jugendliche zu Terroristen abgestempelt und kurzerhand zu Staatsfeinden erklärt, nur um Hausdurchsuchungen rechtfertigen zu können“ fanden Beifall nicht nur bei den Teilnehmern. Auch die umstehenden Mitmenschen applaudierten. Linksjugend [solid] Mittelbaden erklärte sich solidarisch mit dem Bestreben, in Bühl einen selbstverwalteten Jugendraum zu schaffen. Der erste gemeinsame Schritt wird die Eröffnung eines Info-Ladens in Bühl sein.

*von Daniel Reus
Infos und Unterstützung zur Kampagne auf www.freiraum.blogspot.de*

Demonstration gegen neues Versammlungsrecht am 6. Dezember in Stuttgart

DIE LINKE Baden-Württemberg und der Jugendverband Solid unterstützen die Forderungen der Demonstration gegen das von der Landesregierung geplante neue Versammlungsgesetz. Wir lehnen die Einschränkung von Demonstrations- und Freiheitsrechten ab.

Unter dem Deckmantel der Modernisierung des Versammlungsrechts in Baden-Württemberg beschädigt die Landesregierung in massivster Weise das Bürgerrecht auf freie und öffentliche Meinungsäußerung, sowie das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung.

Der vorliegende Gesetzentwurf beinhaltet erhebliche Einschränkungen für die Veranstalter und Versammlungsleiter öffentlicher und nicht-öffentlicher Versammlungen. Mit der Ausdehnung des Versammlungsgesetzes auf jede zwischenmenschliche Begegnung und nicht-öffentliche Versammlungen, fällt zukünftig die gesamte öffentliche Meinungsbildung unter die Willkür der behördlichen Kontrolle. Öffentliche Versammlungen, die in das neu geschaffene

„Uniformierungs- und Militanzverbot“, sowie das „Störungsverbot“ eingeordnet werden, erfahren zukünftig einen massiven Eingriff durch Polizei und Ordnungsämter. Zahlreiche unbestimmte Rechtsbegriffe werden zu fadenscheinigen Begründungen führen, Versammlungen aufzulösen und Verantwortliche strafrechtlich zu verfolgen. Die zukünftige Dimension behördlicher Willkür lässt sich bereits an der bisher geführten Einordnung „passive Bewaffnung“ ablesen. Zudem stellt das Sammeln und Speichern personenbezogener Daten von Versammlungsteilnehmern und die Ablehnung von Versammlungsleitern und Ordnern durch Behörden eine neue Qualität polizeistaatlicher Eingriffe dar.

Der Kampf gegen neofaschistische Aufmärsche und Umtriebe, den wir alle wollen, darf nicht missbraucht werden, um die demokratische Partizipation der Menschen massiv zu beschneiden. Das grundgesetzliche Recht auf Versammlungsfreiheit muss vor dem Missbrauch durch Innenminister Rech und seiner Behörden geschützt werden.“

Veranstaltung mit Petra Pau in Rastatt am 5. Dezember

60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Vor 60 Jahren am 10. Dezember 1948 beschloss die UNO die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Am Freitag, den 5. Dezember 2008, veranstaltet der Landesverband Baden-Württemberg aus diesem Anlass einen Festakt in Rastatt in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in Deutschland. Vor Beginn der Veranstaltung lädt ab 18 Uhr der Leiter der Erinnerungsstätte Dr. Henning Pahl zu einer Führung durch die Ausstellung in der Erinnerungsstätte ein. Der Festakt beginnt um 19 Uhr. Als Hauptrednerin konnte die Vizepräsidentin des Bundestages, Petra Pau, gewonnen werden. Anschließend wird sich eine Diskussion zur Umsetzung der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland 60 Jahre nach der Menschenrechtserklärung. Das genaue Programm wird auf der Landeswebsite und in den Kreisverbänden bekannt gegeben.

*Esther Broß und
Carsten Labudda*

Luftballons, Party und viel Gesang

Am 2. Oktober 2008 veranstaltete die Linksjugend Rhein-Neckar unter dem Motto „Singen, Tanzen, Lachen – Sozialismus machen“ in der geräumigen Mannheimer Flic Flac Bar eine lange Karaoke Nacht. In lockerer Atmosphäre und mit professionellem Ambiente durfte ab 19 Uhr stundenlang lang bis in die Nacht bzw. den Tag der Deutschen Einheit getrallert werden.



Nach anfänglich verhaltenem Andrang füllte sich im Laufe des Abends nach und nach der Raum. Manch mehr oder weniger begabter Sänger ließ dabei keine Gelegenheit aus, um die Zuschauer mit seinem vermeintlichen Talent zu beglücken. Dies trug zur allgemeinen Erheiterung bei. Vor allem bei Interpretationen von „99 Luftballons“, „Tarzan Boy“, „Über sieben Brücken“ oder „Go West“ durften die Lachmuskeln mindestens wie die Stimmbandmuskeln beansprucht werden. Bei allen Anwesenden stand im Laufe des Abends vorrangig der Spaß und nicht die gesangliche Leistung im Mittelpunkt. DIE LINKE. Mannheim sandte sogar zwei (wage-)mutige Vertreter aus, welche die Grüße der Partei in Form von „Sag mir, wo die Blumen sind“ überbrachten. Der Genuss ihrer gesanglichen Leistung in Form von über Plan erfüllter Erheiterung im Saal war ihnen gewiss.

Zum Abschluss versammelte sich die restliche Linksjugend-Crew um das Abschlusslied „I just called to say I love you“ zum Besten zu geben. Die Karaoke Nacht der Linksjugend zählte insgesamt über 40 Teilnehmer. Eine Wiederholung im nächsten Jahr wurde bereits angebroht.

Treffen der Hochschulgruppen

Am Samstag dem 11. Oktober war in Tübingen die Landesmitgliederversammlung der SDS Hochschulgruppen in Baden-Württemberg. Bei diesem ersten Treffen seit der offiziellen Gründung des neuen Landesverbands vor einem halben Jahr kamen VertreterInnen der „Die Linke.SDS“ Hochschulgruppen aus Freiburg und Mannheim nach Tübingen,



um sich dort mit Ihren GenossInnen von der „[solid].SDS“ Hochschulgruppe in Tübingen zu treffen.

Auf der Landesmitgliederversammlung wurde die Durchführung zweier neuer Kampagnen beschlossen: Zum einen wird es eine neue Kampagne gegen Studiengebühren geben, die sich an der bundesweiten „Kick it like Hessen“ Kampagne orientiert. Außerdem soll mit einer weiteren Kampagne für die Proteste gegen den NATO-Gipfel am 3. und 4. April 2009 in Kehl und Straßburg mobilisiert werden.

Darüberhinaus wurde über die geplante Nutzung des Budgets des SDS-Landesverbands gesprochen und eine Lösung gefunden. Bei den Planungen konnte man feststellen, dass mit den insgesamt veranschlagten 2000 Euro pro Jahr viel zu wenig Geld für den SDS Landesverband zur Verfügung steht, um neben den landesweiten Aktionen auch noch die einzelnen Hochschulgruppen vernünftig mit Mitteln zu versorgen. Denn angesichts der wachsenden Zahl der SDS Hochschulgruppen in Baden-Württemberg steigen natürlich auch die finanziellen Bedürfnisse des gesamten Verbands.

Während sich in Tübingen, Freiburg, Mannheim, Konstanz und Heidelberg bereits SDS Gruppierungen etablieren konnten, befinden sich derzeit in Stuttgart und Karlsruhe weitere Gruppen in Vorbereitung.

Für Fragen zu den SDS Hochschulgruppen in Baden-Württemberg kann man sich per Mail an sds@solid-sds.de wenden.

Fabian Everding von [solid].SDS Tübingen

Aufmucken gegen RECHTs

Am Sonntag, 28. September fand die erste Jahreshauptversammlung von linksjugend [solid] Baden-Württemberg nach der erfolgreichen Gründung im September 2007 statt. Der größte sozialistische Jugendverband in Baden-Württemberg wählte seinen neuen SprecherInnenrat und legte seine politischen Schwerpunkte für das Jahr 2009 fest.

Die wichtigsten Ereignisse für den Jugendverband sind neben den anstehenden Wahlen, vor allem die bundesweite „Aufmucken gegen Rechts“-Kampagne gegen Nazis und die Proteste gegen

die NATO anlässlich ihres 60-jährigen Bestehens. linksjugend [solid] wird zu den Protesten gegen die NATO-Geburts-tagsfeierlichkeiten Anfang April 2009 in Kehl und Strassbourg mobilisieren und sich an den Protesten beteiligen. Auch die verfehlte Bildungspolitik der Landesregierung wird ein Schwerpunkt sein. Dazu wird linksjugend [solid] den bundesweiten Schülerstreik am 12. November 2008 unterstützen, um den Forderungen nach einem gerechteren und besseren Bildungssystem Nachdruck zu verleihen. Vor den anwesenden 50 Mitgliedern und Interessierten aus den Regionen hielten Niema Movassat, Jugendpolitischer Sprecher im Parteivorstand DIE LINKE, Bernd Riexinger, Landesvorsitzender DIE LINKE Baden-Württemberg und Tobias Pflüger, Europaabgeordneter der LINKEN aus Tübingen, Grußworte.

Dem neuen LandessprecherInnenrat gehören an: Cynthia Schneider (Gewerkschaftssekretärin, 26, Schwäbisch Gmünd), Malena Alderete (Studentin, 30, Stuttgart), Tinette Schnatterer (Studentin, 28, Stuttgart), Christoph Ozasek (Student, 21, Stuttgart), Frederico Elwing (Student, 26, Tübingen), Ben Brusniak (Gesundheits- und Krankenpfleger, 25, Stuttgart), Jan Eckhoff (Jugend- und Heimerzieher in Ausbildung, 22, Geislingen) und Daniel Reuß (Lagerleiter Abtl. Tiefkühl, 25, Buhl).

Aktionstag Lidl der Linksjugend [solid] Ostalb

Die Linksjugend solid Ostalb veranstaltete am heutigen Samstag auf dem Lidl Gelände in Schwäbisch Gmünd einen Aktionstag. Flugblätter wurden an Passanten und Einkäufer bei Lidl verteilt. Wir haben damit erreicht, dass sich drei Familien dazu entschieden haben, erst gar nicht bei Lidl ein zu kaufen.

Wir haben auf unserem Flugblatt folgende Inhalte erläutert:

Lidl der Einzelhandelsriese

Lidl ist ein Discounter. Discounter zeichnen sich aus durch begrenztes Warensortiment, fehlenden Service und niedrige Preise. Der Wettbewerb zwischen den Discountern ist hart jeder will den anderen unterbieten. Lidl wächst rasant und macht enorme Gewinne. Doch wo Lidl zuschlägt, müssen viele bluten.

Preisdumping

Lidl presst seine Lieferanten aus. Seine Marktmacht erlaubt es ihm, Preise zu diktieren, die oft nicht einmal die Herstellungskosten decken. Mehrere Mineralwasserbrunnen mussten bereits aufgeben, und Bauern verschütten ihre Milch aus Protest gegen die Dumpingpreise vor Lidl-Filialen. Auch auf dem Weltmarkt macht Lidl Druck und sorgt für mieseste Arbeitsbedingungen bei den Bananenpflückern in Ecuador. Nä-

herinnen in Vietnam oder LKW Fahrern aus Lettland.



Umweltdumping

Lidl Verhindert Umweltschutz. Der Preisdrücker erzwingt rücksichtslose Massenproduktion und weite Transportwege. Riesige Pflanzfabriken laugen die Felder aus: massiver unkontrollierter Dünger- und Pestizideinsatz vergiftet sie. Lidl Billigwahn geht auf Kosten der Natur und unserer Zukunft.

Lohn und Sozialdumping

Lidl beutet seine Verkäufer/Innen aus: Durch niedrige Löhne, unbezahlte Mehrarbeit und zermürbende Arbeitsbedingungen. Schikanen, Kontrollen, Willkür und Mobbing dies steht an der Tagesordnung, dazu kommt noch: wer protestiert, fliegt raus.

Unsere FORDERUNGEN:

- Faire Preise für Bananen, Wasser und Milch
- Soziale Rechte achten hier und weltweit!!!
- Demokratische Kontrolle zulassen!
- Karten auf den Tisch: Produktgeschichte offen legen!
- Betriebsratswahlen nicht behindern!

Top, die Wette gilt!

Zur Aussage des Generalsekretärs der Südwest-SPD, Jörg Tauss vom 13.8.08 über die LINKE und ihre Chancen bei der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg erklären Ben Brusniak, Bundessprecher von Linksjugend [‘solid] und Christoph Ozasek, Landessprecher von Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg:

Tauss erklärte vollmundig: „Ich bin unverändert der Meinung, dass die Linke nicht in den Landtag kommen wird, und würde darauf mehr als eine gute Flasche Wein wetten.“

„Jörg Tauss scheint offensichtlich den Bezug zur politischen Realität verloren zu haben. Nicht anders lässt sich seine Aussage deuten“, resümiert Christoph Ozasek.

„Lieber Jörg, gerne nehmen wir deine Wette an. Unser Einsatz: Ein roter Qualitätswein, selbstverständlich aus kontrolliertem Bioanbau“, so Ben Brusniak.

„Als Jugendverband der Partei DIE LINKE freuen wir uns auf die politische Auseinandersetzung im Land. Für uns ist es selbstverständlich, dass DIE LINKE daraus gestärkt und erfolgreich her-

vorgehen wird. Die LINKE wird 2011 mit einer starken Landtagsfraktion der sozialen Gerechtigkeit in Baden-Württemberg ein Gesicht geben.“, erklären die beiden Sprecher aus Baden-Württemberg.

Hier dokumentieren wir kommentarlos die Antwort durch Jörg Tauss:

Sehr geehrter Herr Brusniak, sehr geehrter Herr Osazek, seit wann sind wir per du? Immerhin weiß ich jetzt wenigstens, dass sich der

Schwaetzer Lafontaine und Stasi-Gysi jetzt auch noch einige pseudo-linke Bubi halten. Wie kamen ausgerechnet Sie aber auf das Wort ‚solid? Dessen ungeachtet bin ich der Auffassung, dass die Baden-Wuerttemberger auf unseriose Leute und demagogische Luegner nicht hereinfließen. Deshalb halte ich gerne dagegen. Gegen Ihren „Qualitätswein“ setze ich eine Flasche Spaetburgunder Spaetlese aus meinem Wahlkreis.

Mit sozialdemokratischen Gruessen
Joerg Tauss

Frauen, auf in die Gemeinderäte! Ermutigung zur Kandidatur 2009 / Hinterlände der Geschlechterdemokratie

In 54 der 1.100 Gemeinden Baden-Württembergs bestimmt ein reines Männergremium über die Angelegenheiten von jung und alt, Frau und Mann, arm und reich. In den meisten Kommunen gibt es inzwischen einige Frauen im Gemeinderat, doch Männer sind in der Überzahl. Vier Räte im Land sind paritätisch mit Frauen und Männern besetzt¹ und eine Gemeinde – Umkirch, Kreis Breisgau-Hochschwarzwald – hat neun Frauen und fünf Männer im Kommunalparlament, was einem Frauenanteil von 64,3 Prozent entspricht. Je selbstverständlicher Frauen in der Kommunalpolitik aktiv sind, desto stärker und schneller steigt ihr Anteil in allen politischen Parteien und Gruppierungen. Die Spitze im Ländle hält Stuttgart mit einem Frauenanteil von 43,3 Prozent.

Insgesamt bildet Baden-Württemberg mit 20,8 Prozent Frauen in Lokalparlamenten bundesweit das Schlusslicht in puncto demokratischer Beteiligung der Geschlechter. Vor allem im ländlichen Raum finden Frauen seltener Vorbilder oder Ermutigung für eine politische Kandidatur. Die „Ratsprominenz“ besteht traditionell aus Männern, die in der lokalen Öffentlichkeit – und sei es am Stammtisch – Bekanntheit genießen. Parteien, in denen keine Frauen kandidieren, gelten jedoch heute als politisch antiquiert. Insofern haben Frauen 2009 bessere Chancen für einen Einstieg in die aktive Kommunalpolitik als je zuvor. Sie sollten sich dabei nicht mit einem aussichtslosen Listenplatz und einem Dasein als „Alibifrau“ begnügen.

Sichtweisen von Frauen und Männern im Gemeinderat

Frauen bringen – wie Männer auch – ihre Lebens- und Alltagserfahrungen in die Politik mit ein. Da manche Aufgaben in unserer Gesellschaft von Männern und Frauen arbeitsteilig erledigt werden, fehlt der Ratsarbeit ohne die Sichtweise eines Geschlechts der Realitätsbezug. Dies hat sich in der Vergangenheit zum Beispiel an der Verkehrsplanung gezeigt,

die sich grob gesagt an den Bedürfnissen eines gesunden, in Vollzeit arbeitenden, verheirateten Mannes mittleren Alters orientierte. Aus der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aus der Zuständigkeit für Kinder und oft für ältere Angehörige und aus spezifisch weiblichen Erfahrungen ergeben sich jedoch andere Sichtweisen nicht nur auf die Mobilität im eigenen Wohnumfeld. So ist es interessant, den kommunalen Haushalt einmal darauf hin zu prüfen, welche Auswirkungen er auf Frauen und Männer hat. Ob von öffentlichen Geldern eine neue Messehalle gebaut oder das Radwegenetz verbessert wird, kann vom Standpunkt der Geschlechtergerechtigkeit zum Politikum werden.

Nützlicher Anschub durch Quotierung

Die Partei Die Linke tritt an gegen Stellvertretertum und andere patriarchale Einflüsse in der Politik. Ein Mittel dazu ist, Wahllisten zu quotieren. Dies fordert von Frauen, aus ihrem traditionellen politischen Schattendasein hervorzutreten und zeigt Männern, dass Geschlechtergerechtigkeit neue Maßstäbe erfordert. Zum Beispiel gilt es, Qualifikationen von Frauen als solche anzuerkennen und die scheinbar sachlich begründete Männersolidarität zu hinterfragen. Es gibt keine vorgeschriebene Qualifikation für das kommunale Amt! Frauen wie Männer wachsen mit der Übernahme eines Mandats in die Gemeinderatsarbeit erst hinein. Voraussetzungen sind Lernbereitschaft, ein Denken in Zusammenhängen und Kompromissfähigkeit. Das Ergebnis von erfolgreicher Quotierung ist weit mehr als eine abwechslungsreiche Wahlliste: Es ist der erste Schritt zu einer wirklich gemeinsamen und damit menschenfreundlicheren Politik von Frauen und Männern.

Sabine Zürn, LAG Frauen Baden-Württemberg, Oktober 2008

1) Nordheim im Kreis Heilbronn, Zwingenberg im Neckar-Odenwald-Kreis, Merzhausen im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald und Schenkenzell im Kreis Rottweil.

LINKE unterstützt Caritas-Konzept gegen Kinderarmut

DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Caritas nach einer Neubemessung der Hartz IV-Regelsätze für Kinder. „Wir brauchen eine kinderspezifische Bedarfsanalyse, die die realen Kosten für gesunde Ernährung, Kleidung, Bildung und die Teilnahme an kulturellen Angeboten berücksichtigt“, so Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion. Der heutige Hartz IV-Regelsatz für Kinder sei lediglich von dem für Erwachsene abgeleitet und decke in keiner Weise den besonderen Bedarf von Kindern. Golze weiter:

„Es kann nicht sein, dass Kinder in Deutschland gezwungen sind, Suppenküchen aufzusuchen. Um das zu vermeiden, sollte der Kinder-Regelsatz

auf rund 300 Euro angehoben werden. Mit Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 wurde Kindern und Jugendlichen ab sieben Jahren der so genannte Wachstumsbedarf aberkannt. Bis heute ist die Bundesregierung nicht bereit, diese Kürzung wieder zurück zu nehmen.

DIE LINKE unterstützt auch die Caritas-Forderung nach einem Ausbau des Kinderzuschlags. Damit erwerbstätige Eltern mit Kindern gar nicht erst in Hartz IV fallen, muss der Kinderzuschlag von bisher maximal 140 Euro auf 200 Euro für unter 14-jährige und 270 Euro für 14-jährige und ältere Kinder erhöht werden. Gemeinsam mit einer Erhöhung des Kindergeldes auf 200 Euro wäre damit der Grundstein für eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung in Höhe von 420 Euro gelegt, wie DIE LINKE sie fordert.“

Sofortprogramm gegen Kinderarmut

Dieser Text wurde vom Landesvorstand auf seiner Sitzung am 14.9. verabschiedet und wird auf dem Landesparteitag am 6.12. als Antrag eingebracht.

313.000 Minderjährige wuchsen 2006 im ‚Kinderland‘ Baden-Württemberg in Armut auf. Das sind 17 Prozent aller Kinder und Jugendlichen, mehr als in den neuen Bundesländern und mehr als im Bundesdurchschnitt. Besonders bedroht sind Kinder von allein erziehenden Müttern, von denen 45 Prozent in Armut leben müssen, zehn Prozent mehr als der Bundesdurchschnitt.

Jahrelang hat die CDU-FDP-Landesregierung das Thema totgeschwiegen, es passt nicht zu ihrem Familienbild aus dem 19. Jahrhundert und ihrer Missachtung von Alleinerziehenden. Deshalb gehört unser Ländle bundesweit zu den Schlusslichtern bei der Kinderbetreuung für Unterdreijährige.

Seit 2002 hat die CDU-FDP-Landesregierung die Kita-Zuschüsse trotz erhöhter Anforderungen „eingefroren“. Im Bund haben CDU und SPD die Dauer des Kindergeldes von 27 auf 25 Jahre verkürzt, die Bezugsdauer von Elterngeld ist nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt und wurde von 24 auf 12 Monate gekürzt. Seit über einem Jahr verschleppen CDU und SPD die Erhöhung des Kindergeldes – trotz hoher Inflation und entgegen den Forderungen aller Kinder- und Wohlfahrtsverbände. Kinder von Hartz-IV-Beziehern erhalten keinen Cent für Bildungsausgaben und jede Kindergelderhöhung wird auf den Höchstsatz angerechnet – sie erhalten davon GAR NICHTS! Oettinger hat es sogar abgelehnt, armen Kindern ein kostenloses Schulessen in Ganztagessschulen zu ermöglichen, so dass immer mehr Eltern ihre Kinder aus Ganztagessschulen abmelden, die gerade sie für ihre Förderung am meisten benötigen.

Diese Politik in einem der reichsten Bundesländer ist ein Skandal und verantwortungslos gegenüber der nächsten Generation. Die arbeitende Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass der von ihr erarbeitete Reichtum für die Entwicklung und Bildung ihrer Kinder eingesetzt wird und niemand in Armut aufwachsen muss. In dieser Zukunftsfrage versagt die Landesregierung vollständig!

Alle Studien über Kinderarmut belegen deren negativen Folgen wie ungesunde Ernährung, Isolation in Wohnvierteln, schlechte Förderung der körperlichen und geistigen Entwicklung, geringere Bildungschancen und kulturelle Vernachlässigung. Kinderarmut ist entwürdigend und eine Gefahr für unser friedliches und demokratisches Zusammenleben!



Arbeitstreffen der LAG Erwerbslose und Geringverdiener

KARLSRUHE. Das 2. Arbeitstreffen der LAG Erwerbslose und Geringverdiener fand am Samstag, den 4. Oktober 2008 im Verdi-Haus Karlsruhe statt.

Die Teilnehmer kamen aus den Kreisverbänden Baden-Baden/Rastatt, Friedrichshafen, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim, Ostalb/Aalen, Rems-Murr, Stuttgart und Tübingen.

MdB Karin Binder begrüßte die Versammlung in ihrem Wahlkreis, wünschte ihr viel Erfolg für die wichtige Arbeit im Interesse der Erwerbslosen und Geringverdiener, betonte aber auch, die gemeinsamen Interessen mit den Kolleginnen und Kollegen aus Betrieb und Gewerkschaft stets im Blick zu behalten.

Das Impuls-Referat dieses Arbeits-Treffens befasste sich mit den beteiligten Akteuren des Konstrukts „Ein-Euro-Job“. Dieses Thema gab dann Anlass zu ausgiebiger Diskussion. Im weiteren Verlauf des Treffens wurden Fragen zur Arbeit vor Ort, Praxis der Argen bzw. Jobcenter, zu Hartz IV und Alternativen hin zu einer repressionsfreien Grundsicherung sowie Probleme bei der politischen Teilhabe Einkommensschwacher diskutiert. Da die Betroffenen selbst die Auswirkungen der Sozialgesetzgebung unmittelbar erleben müssen, sind sie wohl auch diejenigen, die dann kompetent mitreden können, wenn es um die Beseitigung eben dieser Missstände geht. Die Versammlung war sich einig darin, dass auch innerhalb der Partei DIE LINKE die Beteiligung Erwerbsloser und Geringverdiener an der politischen Willensbildung weiter verbessert werden muss.

Das Karlsruher Arbeitstreffen ist insgesamt erfolgreich verlaufen, hat aber auch gezeigt, dass noch einiges zu tun ist. Das nächste Arbeitstreffen der LAG wird in Stuttgart stattfinden; voraussichtlicher Termin ist Samstag, 29. November 2008 ab 14 Uhr.

Auf der Grundlage ihrer programmatischen Eckpunkte zur Kommunalwahl 2009 fordert Die Linke Baden-Württemberg deshalb ein SOFORTPROGRAMM GEGEN KINDERARMUT, für das ihre gewählten Vertreter in den Gemeinderäten schon jetzt eintreten:

- sofortiger, flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung für Unterdreijährige, damit Berufstätigkeit und Kinderbetreuung vereinbar werden und Alleinerziehende mit ihren Kindern nicht in Armut geraten
- gebührenfreie Ganztags-Kitas mit kostenlosem Mittagessen, als erster Schritt ein gebührenfreies erstes Kindergartenjahr
- flächendeckender Ganztagsunterricht in allen Schularten mit Lernmittelfreiheit, gebührenfreiem Schulesen, Förder- und Zusatzangeboten sowie freien Fahrten zur Schule. Als erster Schritt landesweit ein kostenloses Schulstarterset und eine Beihilfe bei jedem Schulwechsel
- freie Elternwahl der weiterführenden Schule, solange wie die soziale Auslese im dreigliedrigen Schulsystem aus dem 19. Jahrhundert noch weiter besteht
- umfassende Gesundheitsvorsorge für Kinder von Geringverdienern und ALG-II-Beziehern
- Einrichtung von Familiennetzwerken aus ErzieherInnen, SozialpädagogInnen



und dem öffentlichen Gesundheitsdienst, um Eltern mit ihren Kindern ab deren Geburt umfassend zu beraten, zu begleiten und zu fördern

- ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Geringverdiener mit Kindern, keine Zwangsumzüge für ALG-II-Bezieher, Sozialtarife für Strom, Gas, Heizöl und Wasser.

Kinderarmut ist Teil einer Verarmungspolitik, die immer mehr Beschäftigte zu Niedriglöhnen zwingt oder zu

ALG-II-Beziehern macht. Deshalb tritt die Linke grundsätzlich für die Abschaffung von Hartz IV und für gesetzliche Mindestlöhne ein, von denen Familien leben und ihre Kinder aufziehen können. Kinder haben ein eigenständiges Recht auf Leben, deshalb fordern wir eine elternunabhängige Grundsicherung für Kinder und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Form von Kinder- und Jugendforen auf der Ebene der Kommunen und des Landes.

rosa luxemburg forum
für Bildung und Analyse in Baden-Württemberg e.V.

15.11 | 10 – 17 Uhr | Stuttgart | Altes Feuerwehrhaus Heslach, Möhringer Straße 56

Linker Bildungskongress: Schluss mit der Selektion – Eine Schule für alle!

Wie kann ein anderes als das überholte dreigliedrige Schulsystem aussehen und wie soll es erreicht werden? Wie kann eine wohnortnahe Schule erhalten werden? Wie kann individuelle Förderung an die Stelle von Selektion gesetzt werden? Was ist eine Gemeinschaftsschule? Wie können die Menschen davon überzeugt werden, sich für eine integrative Schule zu entscheiden? Was kann kommunalpolitisch getan werden, um die unselige Selektion zu beenden?

Beim Linken Bildungskongress der RLS Baden-Württemberg soll versucht werden, Antworten zu finden.

Mit: **Ulrich Maurer**, MdB; **Doro Moritz**, Vorsitzende der GEW Baden-Württemberg; **Prof. Dr. Karl Zenke**, Institut für Erziehungswissenschaft der PH Ludwigsburg, **Rolf Berger** (Bremen), Schulleiter der Integrierten Stätteilschule an der Hermannsburg IGS; **Matthias Heidn**, Vorsitzender der GEW Schleswig-Holstein; **Sigrid Strauß**, GEW-Vorsitzende Hamburg und Mitinitiatorin der Volksinitiative „Eine Schule für alle“

22.11. | 10 – 17 Uhr | Stuttgart | Altes Feuerwehrhaus Heslach, Möhringer Straße 56

Tagung | Was bleibt? Zum 60. Todestag von August Thalheimer

August Thalheimer war Mitbegründer der KPO (Kommunistische Partei-Opotion) und entschiedener Gegner von Bolschewisierung und Sektierertum in der KPD. In der Tagung wollen wir mit namhaften Experten zur Geschichte der Arbeiterbewegung im allgemeinen, der KPO im besonderen seinen Beitrag zur Analyse sozialer Verhältnisse und internationaler Politik sowie zur Strategie der Arbeiterbewegung von 1918-1948 unter die Lupe nehmen. Dabei soll gefragt werden, was eine sich erneuernde Linke hiervon lernen, wie sie nicht nur alte Fehler vermeiden, sondern auf neue Herausforderungen besser vorbereitet sein kann.

Mit: **Prof. Theodor Bergmann** (Stuttgart), **Harald Jentsch** (Frankfurt/Karben), **Klaus Kinner** (Leipzig), **Heiner Jestrabek** (Heidenheim), **Jens Becker** (Frankfurt/Main)

Weitere Veranstaltungen: Lesungen zu **Simone de Beauvoir** (13.11. und 20.11. in Tübingen) und **Clara Zektin** (14.11. in Stuttgart), Vorträge/Seminare zu **Marxismus und Feminismus** (18.11. in Freiburg), **kommunaler Wirtschaftspolitik** (22.11. in Karlsruhe und 23.11. in Stuttgart), **Privatisierungspolitik** (2.12. in Stuttgart), **Veranstaltungsreihe zu Militarisierung und Alternativen** (11.12. in Karlsruhe, 31.1.09 in Stuttgart, 4.2.09 in Mannheim, 13.3.09 in Tübingen)

Weitere Infos unter: www.rlf-bw.de oder per mail: schlager@rosalux.de | Tel. 0176-21623991

Von Württemberg nach Havanna: Gegen den Strom gelebt

Zum 60. Todestag des bedeutenden Marxisten August Thalheimer

„August Thalheimer starb, als ein furchtbarer Wirbelsturm über Kuba hinwegbrauste. Die Totengräber senkten den Leichnam in die Gruft, bevor noch seine Frau und Freunde den von Havanna entfernten Waldfriedhof erreichten. Eine Feier am Grabe war im Taifun unmöglich. Seine Frau sagte mir unter Tränen: Dieses Unwetter, diese Beerdigung – alles ist symbolisch für Augusts ganzes Leben, vor allem für die letzten Jahre; – daran ist er auch zerbrochen.“

Es beschämt, dass ihm die erhoffte Rückkehr nach Deutschland unmöglich gemacht wurde. Während die PGs rein gewaschen durch „Persilscheine“ längst wieder die Schüler heimsuchten, wurde Thalheimers Anfrage auf Einstellung in den Schuldienst vom Stuttgarter Kultusministerium nicht einmal beantwortet. Für KPD und SED war er als Kritiker des Stalinismus unerwünscht, Gewerkschaften und Sozialdemokratie lehnten ihn ab, weil er nicht antikomunistisch genug war.

„Einsam und verfeimt“ sei er gestorben, schrieb der spätere Stuttgarter Betriebsrat Fritz Lamm über ihn, der nach dem Tod am 19. September 1948 die Beerdigung des Emigranten auf Kuba organisieren musste.

August Thalheimer wurde 1894 in Affaltrach (heute Obersulm, Landkreis Heilbronn) geboren, ging in Winnenden und Bad Cannstatt zur Schule. Nach dem Studium holte Rosa Luxemburg ihren „Protegé“ als Volontär an die Leipziger Volkszeitung. Zeitlebens blieb er „Luxemburgist“. Ab 1911 gab Thalheimer die Göppinger Freie Volkszeitung heraus, ganz im Sinne des Antikriegskurses der württembergischen SPD-Linken um Clara Zetkin und Fritz Westmeyer.

In den „Spartakusbriefen“ polemisierte er nach Beginn des 1. Weltkriegs gegen deutsche Eroberungspläne und wurde nach dem Militärdienst einer der Führer der Novemberrevolution 1918 in Stuttgart; am 4. November stand er mit an der Spitze des Demonstrationzugs von Daimler-Arbeitern, der zur Abdankung des Königs führte. Thalheimer sollte sogar Finanzminister der ersten republikanischen Regierung werden, lehnte dies allerdings ab und wurde Redakteur der Tageszeitung „Rote Fahne“, die er nach Rosa Luxemburgs Ermordung leitete. 1924 aber wurde er abgesetzt, zunehmend übernahmen Vertreter der Stalinpolitik die Macht in

der Kommunistischen Partei, machten sie zu einem Vehikel der Moskauer Außenpolitik. Dorthin wurde auch Thalheimer „verbannt“ und als Professor für Philosophie beschäftigt – immer mit der Auflage, sich nicht zu deutschen Parteiangelegenheiten zu äußern. Als sich allerdings die KPD mit einer Politik, die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten etikettierte und der Gründung von Gegengewerkschaften immer mehr ins Abseits manövrierte, erzwang er seine Rückkehr, griff in die Auseinandersetzungen ein, wurde dann aber mit vielen anderen Gründungsmitgliedern des Spartakusbundes und Gewerkschaftslinken aus der KP ausgeschlossen; diese Gruppierung gründete Ende 1928 die KPD-Opportunisten, gelangte aber nie zu einem Massenanhang – obwohl ihre maßgeblich von Thalheimer beeinflussten weit-sichtigen Analysen des aufkommenden Faschismus bis heute Pflichtlektüre für jeden Antifaschisten sind. Seine Aufrufe zur Einheitsfront blieben bei beiden Großparteien der Arbeiterbewegung ungehört.



Viele wichtige Vertreter der Arbeiterbewegung gehörten der KPO an oder gingen aus ihr hervor – von ehemaligen Parteivor-sitzenden Heinrich Brandler der Literaturhistoriker Hans Meyer, der Kulturhistoriker Eduard Fuchs über den Juristen Wolfgang Abendroth bis zum GEW-Gründer Heinrich Rodenstein und den IGM-Funktionären Ludwig Becker und Willi Bleicher. Theodor Bergmann hat in vorbildlicher Weise die Geschichte dieser Gruppe aufgearbeitet, der nicht ganz ohne Grund nachgesagt wurde, sie bestehe aus Offizieren ohne Mannschaften.

Nach 1945 schlossen sich viele der überlebenden Mitglieder der KPD an. Thalheimer aber bestand darauf, auch die Politik der SU mit marxistischen Methoden zu analysieren und daher etwa ihre Ausdehnungspolitik zu kritisieren, durch die die Arbeiterschaft der betroffenen Länder (Osteuropas und Deutschlands) ins Lager des Nationalismus getrieben und die kommunistischen Parteien als bloße Verteidiger dieser Politik diskreditiert werden müssten. Schon damals verwies er auf die Gefahr der Selbstschwächung und -zerstörung der Sowjetunion.

Was aber ist von diesen Analysen nur noch museal, was aus der Arbeiter-

Spenden- aufruf zum Jahres- ende



Politische Arbeit kostet Geld. Die Wahlkämpfe im kommenden Jahr werden teuer.

Der Landesvorstand ruft deshalb alle Mitglieder und alle Unterstützerinnen und Unterstützer der Partei DIE LINKE auf, zu überlegen, ob Ihr nicht zum Jahresende 2008 und mit Blick auf das Wahljahr 2009 eine Spende leisten könnt. Mitgliedsbeiträge und Spenden 2008 werden im Februar 2009 bescheinigt und sind steuerlich absetzbar.

Die Partei finanziert sich vorrangig aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden ihrer Mitglieder.

Alle Mitglieder, die im Jahr 2008 ihren Jahresbeitrag noch nicht entrichtet haben, bitten wir, dies bis 31.12. nachzuholen. Laut Satzung (Artikel 3/3) der Partei DIE LINKE endet die Mitgliedschaft bei Nichtzahlung in der Regel nach einem halben Jahr, sofern zuvor durch den jeweiligen Kreisvorstand die Begleichung der Beiträge angemahnt wurde und dabei keine Verständigung – zum Beispiel über eine zeitlich begrenzte Aussetzung bei Mitgliedern in sozialen Notlagen – erzielt wurde.

Der Mindestbeitrag für Mitglieder ohne festem oder mit sehr geringem Einkommen beträgt 1,50 Euro pro Monat. Ansonsten bitten wir darum, die Beitragstabelle als Maßstab zu nehmen und sich entsprechend Einkommen selbst einzuschätzen.

Die Bankverbindung des Landesverbandes lautet:

DIE LINKE, Baden-Württemberg,

Postbank Stuttgart,

BLZ 60010070;

KontoNr. 289582700.

Christoph Cornides,

Landesschatzmeister

bewegung von der Novemberrevolution bis 1948 sollte „aufgehoben“ werden in einer neuen Linken, die nicht nur alte Fehler vermeiden, sondern auf neue Herausforderungen besser vorbereitet sein will? Dieser Frage geht ein Thementag der Rosa-Luxemburg-Stiftung BW am 22.11. im alten Feuerwehrhaus Stuttgart nach. Eine Tagung nicht für Historiker, sondern für alle Linken, die Politik nicht nur aus dem Bauch heraus, sondern mit Weitsicht gestalten wollen.

Info und Anmeldungen: www.rlf-bw.de



Triathlon und Kommunalwahlkampf

Am 14. September startete beim 16. Kornwestheimer Triathlon unter dem Namen „DIE LINKE Kornwestheim“ erstmals eine Partei-Mannschaft bei dieser traditionsreichen Sportveranstaltung. Mit einheitlichen Lauf-Shirts, die sowohl bei Zuschauern als auch bei den TeilnehmerInnen ein überraschtes, wohlwollendes oder auch positives Echo auslösten, ging es nach 500 Metern Schwimmen und 20 Kilometern Radfahren auf die 4,1 km lange Laufstrecke.

Friedhelm Hoffmann (Sprecher des OV Kornwestheim), Henry Schulz und Gerhard Zach gingen in der Altersklasse M55 mit elf weiteren Teilnehmern an den Start, Hannes Hoffmann als „Nesthäkchen“ der Mannschaft in der Altersklasse M20. Erklärtes Ziel der Mannschaft war es, einen Podestplatz zu erzielen. Umso größer war die Freude, als zwei der vier Starter mit einem zweiten Platz für Henry Schulz und einem dritten Platz für Friedhelm Hoffmann auf dem Treppchen landeten, was bei der Siegerehrung zu der interessanten Optik führte, dass der Sieger der Alterklasse von zwei gut sichtbaren Linke-Shirts eingerahmt wurde.

Nicht nur sportlich wollen die Kornwestheimer aufs Treppchen, sondern auch bei den Kommunalwahlen 2009. Als Teil der Öffentlichkeitsarbeit haben sie sich zum Ziel gesetzt, nicht nur mit Infoständen, Veranstaltungen und der Beteiligung an der derzeit stattfindenden, von der Stadt finanzierten, Erarbeitung eines „Leitbildes Kornwestheim“ in Erscheinung zu treten, sondern auch da präsent zu sein, wo viele Menschen (inklusive sie selbst) Spaß haben.

Aufgrund der guten Erfahrungen haben sich die Kornwestheimer zum Ziel gesetzt, beim Stadtlauf über 10 km, der am 5. April 2009 stattfindet, mit einer mindestens zehnköpfigen Mannschaft anzutreten. Alle sportlich ambi-

tionierten Genossinnen, Genossen und Interessierte sind aufgerufen, die Kornwestheimer bei diesem Unterfangen zu unterstützen.

Kontakt: Friedhelm Hoffmann, Tel. 0178/9230698 oder Mail die-linke-kornwestheim@t-online.de

Einen herzlichen Dank der Kornwestheimer erreichte das Landesbüro für die uneingeschränkte Unterstützung bei der Herstellung der Laufshirts. Wer Interesse an einem Shirt hat (Kosten: 12,50 € / Stck.), kann sich an das Landesbüro wenden.

Stadt Stuttgart will Obdachlosenheim schließen

Die städtische Anlaufstelle und Unterkunft für wohnungslose Männer hat den Charme eines Betonbunkers mit Dreibettzimmern. Eine Sanierung ist aufgrund der Bausubstanz unmöglich. Zudem plant die Verwaltung, hier ein Generationenhaus für den Stadtteil. Daher strebt die Stadt an, das Heim zu schließen und die Betreuung und Beratung wohnsitzloser Männer ganz den Freien Trägern zu überlassen. SPD und Linke haben Anträge dagegen gestellt. Die Grünen murrten, stimmten jedoch mit den Bürgerlichen dem Plan zu. Wir dokumentieren den Antrag der Linken:

„Mit der Gemeinderatsdrucksache 588/2008 sollte dem Gemeinderat eine ‚Konzeptionelle Neuausrichtung Nordbahnhofstraße 21‘ vorgelegt werden. Bei genauerer Betrachtung ist dies aber keine ‚Konzeptionelle Neuausrichtung‘ – dies hätte einen Vorschlag beinhalten müssen, wie die Stadt diese Aufgabe in Zukunft bedarfsorientiert in verbesserter Form weiterführt. Vorgelegt wurde stattdessen ein Konzept, das in wenigen Jahren zum Abbau dieser wichtigen sozialen Einrichtung beim Träger Stadt Stuttgart führt.“

Die Aufnahme, Beratung, Unterbringung und Betreuung wohnsitzloser Menschen, insbesondere von Menschen mit mehrfachen Beeinträchtigungen, ist eine Pflichtaufgabe der Stadt. Um diese Aufgabe sinngemäß zu erfüllen, darf die Stadt sie nicht komplett weiterdelegieren an Träger der Freien Wohlfahrtspflege. Nur wenn die Stadtverwaltung selbst eine solche Einrichtung sowohl für Frauen wie für Männer hat, erhält sie sich die notwendige eigene fachliche Kompetenz, die sie für die Sozialplanung und Steuerung in diesem Bereich braucht.

Darüber hinaus müssen in einer Großstadt bei den sozialen Einrichtungen mehrere Einrichtungen mit unterschiedlicher weltanschaulicher Ausrichtung vorhanden sein.

Das städtische Aufnahmehaus hat mehrere Vorteile, die gegen seine Schließung sprechen und wofür es erhalten werden soll:

Der Zugang zur Nordbahnhofstraße 21 ist sehr niederschwellig.

Das städtische Aufnahmehaus kann Hausverbote, die es bei der schwierigen Klientel öfters gibt, nicht dauerhaft aussprechen. Daher finden alle Bedürftigen hier Aufnahme, auch solche, die bei Freien Trägern Hausverbote haben.

Das Aufnahmehaus wie auch die stationäre Unterbringung in der Nordbahnhofstr. 21 sind bewährt auch im Umgang mit schwierigen psychisch kranken Klienten.

Auch kann das städtische Aufnahmehaus seine Beratung, wohin die Hilfebedürftigen weitervermittelt werden, ohne Rücksichten auf die Einrichtungen des eigenen Verbandes nur an der Situation des Klienten ausrichten.

Beim Rückbau und der bis 2013 zu befürchtenden völligen Schließung der stationären Unterbringung ist zu bedenken, dass die jetzigen Bewohner dort seit sehr vielen Jahren, oft jahrzehntlang beheimatet sind. Ein Wechsel in eine andere Einrichtung und die Trennung von langjährigen Mitbewohnern wäre für sie eine starke Belastung. Das würde leichter zu bewältigen sein, wenn der Umzug mit den vertrauten Betreuern und gemeinsam stattfinden könnte. Das Leben und die Versorgung in einer Einrichtung, in der – wie geplant – Reinigung, Instandhaltung, die noch verbliebenen Aktivierungsangebote ständig zurückgefahren werden, würde eine immer schlechtere Situation für die Bewohner schaffen.

Die Perspektiven für die Beschäftigten sind ebenfalls alles andere als befriedigend: Vor allem für Sozialbetreuer/-innen gibt es im ELW (Eigenbetrieb der Stadt für Altenpflege) nicht viele Beschäftigungsmöglichkeiten. Weiterbeschäftigung in der Altenpflege, möglicherweise bei Gehaltssicherung, aber geringer qualifizierter Tätigkeit ist kei-

ne gute Perspektive und bringt zudem Unruhe ins Tarifgefüge. Bis dann 2015 vielleicht ein geplantes Generationenhaus eine Einrichtung für wohnsitzlose Männer sein könnte, steht dann das vorhandene qualifizierte und bewährte Personal nicht mehr zur Verfügung. Eine Übernahme bei den Freien Trägern ist mehr als ungewiss, ungewiss auch, ob die Betroffenen dies überhaupt wollen.

Im Sinne der Aufgabenerfüllung der Stadt, im Sinne der betroffenen Klienten und im Sinne der betroffenen Beschäftigten muss also eine andere, bessere Lösung gefunden werden.

Daher stelle ich den Antrag:

– Die Stadt richtet in einer anderen städtischen Immobilie eine Aufnahmehaus, eine stationäre Unterbringung und einen Pflegebereich für wohnsitzlose Männer ein.

– Das Liegenschaftsamt wird beauftragt, einen entsprechenden Vorschlag zu machen.

– ELW wird beauftragt, einen entsprechenden Vorschlag für eine konzeptionelle Neuausrichtung vorzulegen.

Ulrike Küstler, Stadträtin der Linken

Tübingen

Landratsamt und Fressnapf-Center

Wir leben im Sozialismus: Für die Reichen. 700 Milliarden kostet das engmaschige soziale Netz: Für die Banken. Die Verelendung muss verhindert werden. Deshalb ein Mindestlohn von 500 000 €. Für die Oberzocker. Für soziale Initiativen und Vereine gelten andere Regeln. Zwei Grüne vermasselten am Montagabend im Stadtrat deren Absicherung mit einer Tarifanpassung in zwei Jahren.

Das grüne Freiburg verlor vermutlich 20 Millionen an die Lehman-Brothers. Tübingen übertrug die Überschüsse der



Kunsthalle auf eine Stiftung, über deren Fehlspekulation der Stadtrat nicht einmal informiert wird. Viele erwachen allmählich aus dem neoliberalen Voll-suff. In Tübingen wird jedoch über die vollständige Privatisierung der Müllabfuhr verhandelt, während andernorts die Banken um Verstaatlichung betteln.

Noch hat die Stadt Geld und beschloss vorgestern weitere 10 Millionen für energetische Sanierungen. Hoffentlich endet dies nicht wie beim Neubau des Landratsamtes. Auch hier sollte die Energieeinsparung einen Teil der Investitionskosten decken. Jetzt ist die Einsparung bei der Heizung durch Mehrausgaben für Strom, Lüftung und Kühlung mehr als aufgeessen. Der

Glaspalast verschlingt mehr Energie pro Quadratmeter als der Altbau. Pro Beschäftigtem fast doppelt so viel. Noch vor Brunsbüttel hat Tübingen zwei weitere Energie-Dreckschleudern: Neben dem Landratsamt sicher auch die neue Kreissparkasse. In preisgekrönten Bauwerken, die im Baustil fast dem Fressnapf-Center (Depot) oder der Panzer-Wurst am Kreuzberg gleichen, nur schlechter gedämmt sind.

Wegen der Studiengebühr verzichten 10 Prozent auf ein Studium. Auf Schavansinn: 90 Prozent studieren trotzdem. Das bedeutet für Tübingen: 24 000 statt 27 000 Studenten -- oder ein Umsatz von über 20 Millionen weniger in der Stadt. Wenn die Zweitwohnungssteuer weitere 20 Millionen Umsatz in andere Unistädte verjagt, stehen in Tübingen noch mehr Läden leer. Hauptsache, er hat kurzfristig eine Million mehr in der Stadtkasse, denkt der in Sachen Zweitwohnungssteuer risikofreudige SPD-Finanzbürgermeister Lucke. Privat scheut er das Risiko einer Wahl in Metzingen und bleibt lieber auf dem sicheren, weichen Stuhl im Tübinger Rathaus.

Anton Brenner, Stadtrat der Linken, Mittwochspalte im Schwäbischen Tagblatt

Konstanz: Verwaltung stimmt auf Sparrunde ein

Der Haupt- und Finanzausschuß hat in der vergangenen Woche den Haushaltsentwurf der Verwaltung für die Jahre 2009 und 2010 beraten. Dabei stimmte die Verwaltung das Gremium darauf ein, dass zukünftig der Gürtel enger geschnallt werden müsse. „Die fetten Jahre“ seien nun vorbei.

Tatsächlich geht aus dem Zahlenwerk ein dramatischer Einbruch bei der Gewerbesteuer hervor: Nahm der Kämmerer im vergangenen Jahr noch 58 Millionen Euro ein, werden für 2009 und 2010 nur noch jeweils 42 Millionen erwartet. Und selbst diese Summen sind fragwürdig, da heute niemand die längerfristigen Auswirkungen der gegenwärtigen Finanzkrise kennt. Zusätzlich belasten Verluste bei den städtischen Bädern, hauptsächlich des Prestigeprojekts Therme, den Haushalt. Kämmerer Hartmut

Damit überhaupt ein ausgeglichener Haushalt zustandekommt, sieht der Entwurf vor, dass sich die Stadt im nächsten Jahr 5,5 Millionen Euro pumpt. Entsprechend mager fallen deshalb die geplanten Investitionen im Sozial- und Bildungsbereich aus. Viele Maßnahmen werden einfach auf die Jahre nach 2010 verschoben. Beispiel Schulen: hier be-

ziffert die Stadt die Summe, die investiert werden müsste auf 14,9 Millionen Euro. 2009/2010 sind lediglich 1,4 bzw. 1,7 Millionen eingeplant. Etwas besser schaut es im Bereich der Kinderversorgung aus, aber selbst da sind nur knapp 6 Millionen eingeplant. Zum Vergleich: das Konzert- und Kulturhaus, das die Verwaltung mit Zähnen und Klauen verteidigt, soll mehr als 45 Millionen Euro kosten.

jüg, Seeblättele, Zeitung der Linken Liste Konstanz, Oktober 2008

Niko Fostiropoulos Stadtrat der LINKEN in Karlsruhe:

Hartz IV macht Kinder arm

„Karlsruhe bemüht sich, die Kinderarmut zu bekämpfen“, bescheinigt der Stadtrat der Linken im Karlsruher Gemeinderat, Niko Fostiropoulos, der Verwaltung. „Aber“, so fährt er fort, „wir müssen auch etwas über die Ursachen der Kinderarmut wissen.“ Deshalb habe er den Antrag gestellt, die Stadt möge untersuchen, in wieweit die Hartz-IV-Regelungen zum Anstieg der Kinderarmut in Karlsruhe beitragen.

Denn, so Fostiropoulos: „Der beste Nachteilsausgleich durch die Stadt kann nicht ändern, dass Eltern, die von Hartz-IV-Leistungen leben müssen, arm sind und arm bleiben, so lange die Regelungen in Kraft sind. Bisherige Untersuchungen und Berichte zur Kinderarmut stellten nahezu deckungsgleich fest: Hartz IV hat die Armut allgemein und die Kinderarmut im Besonderen besorgniserregend ansteigen lassen.“

Er empfiehlt deshalb entsprechende Initiativen über den Städtetag, um den Hartz-IV-Regelungen als „Armutverursacher“ entgegenzutreten.

Badische Neueste Nachrichten, 15.10.08

Mehr Personal für die Ausländerstelle

Der Bereich der Ausländerstelle und die Staatsangehörigkeitsstelle innerhalb der Dienststelle Bürgerservice und Sicherheit der Stadt Karlsruhe werden um 2,5 Vollzeitstellen erweitert. Dies ist offenbar eine Reaktion auf die hohe Belastung der Mitarbeiter dort: Im Schnitt betreut ein Sachbearbeiter 808 Migrantinnen und Migranten. Genehmigt werden soll die dauerhafte Aufstockung am 30. September, kündigte die Stadtverwaltung in einer Antwort auf eine Anfrage des Stadtrats Niko Fostiropoulos (Die Linke) an. Er hatte die hohe Fallzahlenbelastung kritisiert und auf einen Brief des Ehrenvorsitzenden, Franz Hoß, an die Verwaltung hingewiesen.

Badische Neueste Nachrichten, 10.10.08

Mannheim: Wetterleuchten aus der internationalen Finanzkrise

Wie kann es anders sein: Die Stadt hängt momentan mit 5,8 Mio. EUR am Lehman-Fliegenfänger. Gesichert, nur eingefroren, lautet die Auskunft des OB. Und kein Geld bei den Wunderzinsen-Banken in Island. 300 Mio. EUR auf 20 Banken verteilt.

Aber damit ist keineswegs Entwarnung gegeben. Denn das 500-Mrd.-„Rettungspaket“, welches letztlich z.B. auch die deutsche Lehman-Tochter sichert, wird die öffentlichen Finanzen nachhaltig und über Jahrzehnte beschädigen. In Mannheim hat man ja mit der Sparkassen-Pleite Erfahrungen sammeln können. Der Bund verhandelt bereits mit den Ländern über eine Kostenbeteiligung. Und die Länder werden es die Kommunen spüren lassen.

Gefahr lauert aber auch aus dem Cross-Border-Leasing-Geschäft mit der Stadtentwässerung aus dem Jahr 2003. Dieses auf US-amerikanischen Kapital-exportsubventionen basierende „Scheingeschäft“ ist hochriskant. Weil das auch die amerikanischen Investmentbanken so einschätzen, verlangen sie selbstverständlich eine Vielzahl von Sicherheiten für die ganze Kette von Transaktionen, die mit dem CBL verbunden sind. Pikant ist dabei die vertragliche Geheimhaltungspflicht selbst gegenüber dem Gemeinderat als Inhaber der Haushaltshoheit – ein demokratiefeindliches Ünding.

Das CBL basiert auf dem Verkauf des Abwassernetzes an eine US-Bank; die Stadt leas es zurück, bis ihr das Abwassernetz nach Jahrzehnten wieder gehört. Für diese Transaktion erhält sie als Bonus einen „Barwertvorteil“ von ca. 5% der Verkaufssumme (im Falle Mannheims waren das ca. 15 Mio. EUR). Der Rest der Verkaufssumme muss zum größeren Teil bei einer Schulden-Übernahmebank und zum kleineren Teil bei einer Depotbank hinterlegt werden, um einerseits die Zahlung der Leasingraten zu sichern sowie andererseits den späteren Rückkaufpreis zu erwirtschaften. Rating-Agenturen wachen über die Stabilität der Anlagen. Bei Herabstufung einer Bank wird eine teure Umschuldung fällig. Gegen das Risiko einer Bankpleite müssen Versicherungen abgeschlossen werden. Außerdem sichert sich der Investor im Störfall ein unmittelbares Bewirtschaftungs- und Durchgriffsrecht. So in etwa schildert zumindest der Wissenschaftler Werner Rügemeier das System (juW 30.9.08) – Genaues weiß niemand außer den Gralshütern des städtischen Haushalts. Höchste Zeit also, dass der Oberbürgermeister die Öffentlichkeit in Kenntnis über die Risiken setzt. Die im folgenden wiedergegebene

Anfrage der Linken Liste im Gemeinderat muss beantwortet werden.

Die Grünen unterdessen verlangen den Ausstieg aus dem CBL. Die Beantwortung der Anfrage der Linken Liste muss Klarheit auch darüber schaffen, ob ein solcher Ausstieg überhaupt finanzierbar ist.

Anfrage der Linken Liste Mannheim

Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat:

1. Sind die Cross-Border-Leasing-Partner der Stadt Mannheim von der Bankenkrise betroffen und in welcher Weise (Insolvenzdrohung, Abwertung im Ranking oder anderweitig)?

2. Falls die Verwaltung darüber noch keine Erkenntnisse hat, welche Möglichkeiten sieht sie, entsprechende Informationen zu beschaffen?

3. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung bisher getroffen?

Gesetz den Fall, die CBL-Partner der Stadt Mannheim sind von der Bankenkrise betroffen, welche finanziellen Risiken ergeben sich daraus für die Stadt?

Müssen zusätzliche Absicherungen getroffen werden, muss die Depotbank oder der Versicherer gewechselt werden oder gibt es andere Auswirkungen?

4. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die Verträge vorzeitig zu beenden?

5. Die US-amerikanische Steuerbehörde hat gegen amerikanische Cross-Border-Leasing-Partner Steuerverfahren eingeleitet. Trifft das auch auf die Partner der Stadt Mannheim zu?

6. Welche finanziellen Auswirkungen kann das Vorgehen der US-ame-

rikanischen Steuerbehörde auf die Stadt Mannheim haben?

7. Gibt es hierfür eine Risikoabschätzung der Verwaltung?

8. Wird sie ggf. eine solche erstellen und wenn nein, warum nicht?

9. Gibt es vertragliche Klauseln, die eine einseitige Kündigung der Verträge durch den US-amerikanischen Partner vorsehen, und wer trägt in diesem Fall das finanzielle Risiko?

10. Falls der US-Investor an einer einvernehmlichen Aufhebung der Verträge interessiert wäre, wäre die Verwaltung für diesen Fall bereit Verhandlungen mit dem CBL-Partner über Konditionen zur Aufhebung der Verträge führen?

11. Sind der Verwaltung Fälle aus anderen Städten und über das Vorgehen der dortigen Verwaltung bekannt? Welche Erfahrungen gibt es in anderen Städten zum Umgang mit CBL, wenn CBL-Partner von der Bankenkrise betroffen sind?

Begründung:

Im Zuge der Bankenkrise in den USA sind die Cross-Border-Leasing-Partner der Kommunen von Insolvenz bedroht, bzw. im Ranking herabgestuft worden. Dies hat zur Folge, dass auf die betroffenen Kommunen zusätzliche Belastungen zukommen, da sie entweder die Depotbanken wechseln müssen oder ihre Absicherung des Cross-Border Geschäftes aufstocken müssen.

Zeitgleich laufen Verfahren der US-amerikanischen Steuerbehörde gegen die US-amerikanischen Anleger wegen missbräuchlicher Steuerumgehung, die zur Abschöpfung der Steuervorteile bis hin zur vorzeitigen Beendigung des Cross-Border-Vertrages führen können. Aus diesem Grund ist es dringend erforderlich, dass die betroffenen Kommunen tätig werden.

Freiburgs UL: mehr Transparenz in städtische Gesellschaften

Beim TOP „Verschwiegenheitspflicht in Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften“ hat die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen (umfasst Linke Liste Solidarische Stadt, Unabhängige Frauen, Kulturliste, d. Red.) einen eigenen Antrag eingebracht. Stadtrat Moos hat zur Begründung ausgeführt, dass durch die Verlagerung von immer mehr kommunalen Aufgaben in privatrechtlich organisierten Gesellschaften ein Demokratieproblem entstehe: „Demokratie braucht Information und Transparenz“.

Es sei sinnvoll, von der gesetzlich gegebenen Möglichkeit bei GmbHs mit Aufsichtsrat Gebrauch zu machen und zu bestimmen, dass diese grundsätzlich

öffentlich tagen. Davon auszunehmen wären lediglich die Tagesordnungspunkte, die Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse betreffen. Die Vertreter/innen der Fraktionen sowie die Vertreterin des städtischen Rechtsamtes setzten sich kritisch, aber sachlich mit dem Antrag auseinander.

Anders der OB: Ohne in der Sache zu argumentieren griff er in einer Hetztirade die Aktivität von Stadtrat Moos in den 70er und 80er Jahren im KBW / BWK an, desgleichen die Mitgliedschaft von Stadtrat Guzzoni in der DKP. Mit seiner verletzenden Attacke sprach er ihnen das Recht ab, sich zu Demokratiefragen zu äußern.

Aus Protest gegen dieses Verhalten des OB zog die UL aus der Sitzung des Gemeinderates aus.

Michael Moos, Atai Keller, Amtsblatt der Stadt Freiburg, 27. September 2008

Podiumsdiskussion der LAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ Leben und Arbeiten in einer Werkstätte für Behinderte – Fluch oder Segen?

Die Veranstaltung fand am 12. Oktober im Volkshaus in Mannheim-Neckarau statt. Auf dem Podium saßen der Behindertenbeauftragte der Stadt Mannheim Klaus Dollmann, Michael Seiter (Moderator), Stephan Lorent (Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft der Linken „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“), Andreas Bollmer (Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft „Werkstatträter“ und Andreas Scheibner, ein Mitarbeiter einer Werkstätte für behinderte Menschen (WfBM), auf dem Bild von links nach rechts.



Die Veranstaltung fand zwar nur vor 20 Zuhörern – vorwiegend Betroffene – statt. Trotzdem entwickelte sich eine interessante und lebhaftige Diskussion.

Es zeigte sich, dass die „Werkstätten für Behinderte Menschen“ mitnichten ein randständiges Problem sind, als das es gemeinhin betrachtet wird. Inzwischen arbeiten rund 300.000 Menschen in solchen Einrichtungen – Tendenz steigend. 1994 waren es erst 160.000 Menschen.

Einig waren sich die Diskutanten, dass es nicht darum gehe, die Werkstätten abzuschaffen. Für manche Menschen seien sie lebensnotwendig. Allerdings sei die extrem niedrige Quote von 0,7% in den ersten Arbeitsmarkt ein Skandal.

LAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“

Das nächste Treffen der LAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ findet am Sonntag dem 14. Dezember 2008 in Tübingen (Neustadtgasse 2, 72072 Tübingen) statt. Auf dieser Versammlung sollen der Arbeitsplan für das Jahr 2009 und die Vorbereitungen für die kommenden Wahlen besprochen werden. Neue und engagierte Mitglieder sind herzlich willkommen. Interessenten können sich gerne bei mir melden (Stephan Lorent, Mömpelgarder Weg 4, 72072 Tübingen, Tel.: 07071-639426, slorent@gmx.de).

Das offizielle Ziel der Politik sei mittelfristig eine Vermittlungsquote von 5 bis 10%. Von diesem eigentlich sehr niedrigen Ziel sei man meilenweit entfernt. Politische Maßnahmen seien endlich notwendig.

„Jeder Behinderte sollte ein Recht auf einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt haben. Werkstätten sollten nicht abgeschafft werden, sondern an den ersten Arbeitsmarkt angeschlossen werden“, so Stephan Lorent.

Unternehmen, die zuwenig Behinderte einstellen, müssten stärker sank-

tioniert werden. Von Bollmer und den anderen wurde der monatliche Durchschnittsverdienst von 159 € als viel zu niedrig und als zentrales Problem dargestellt. 8 €, so Scheibner, sollte als Mindestlohn durchgesetzt werden, der dann auch für die Werkstätten gelten sollte.

In der Diskussion wurde außerdem auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Grundsicherung bei Erwerbslosigkeit hingewiesen. Lorent forderte in diesem Zusammenhang, dass das Recht auf Arbeit – nicht zu verwechseln mit dem Zwang zur Arbeit – im Grundgesetz verankert werden müsste.

Die WfBMs sind mittlerweile zu einem lukrativen Wirtschaftszweig geworden. Großkonzerne wie die der Automobilindustrie oder die Heidelberger Druckmaschinen lassen dort produzieren. Laut Wolfgang Hamann von Verdi Rhein-Neckar bringt jeder Arbeitsplatz einer WfBM durchschnittlich 1200 € für den Träger. 1,5 bis 2 Milliarden € werde operativ umgesetzt. „Werkstatenträger scheuen wie der Teufel das Weihwasser, die Zahlen offenzulegen. Wichtig ist Offenheit und Transparenz“. Carsten Labbuda von der Linken Weinheim wies in diesem Zusammenhang auf das „Informationsfreiheitsgesetz“ hin, das Möglichkeiten böte, um an diese Informationen heranzukommen.

Der Grundstein für die Aussonderung der Behinderten wird in den Sonderschulen gelegt. Während in Deutschland die überwiegende Mehrheit der Behinderten in Sonderschulen abgeson-

dert werden, sind in Skandinavien 80% aller Behinderten in der Regelschule. Ähnliche Zahlen gelten dort für die Beschäftigungsquote in den ersten Arbeitsmarkt. Man sieht also, dass Erfolge möglich sind. In Deutschland ist Baden-Württemberg trauriges Schlusslicht. Im Vergleich hierzu steht Rheinland-Pfalz viel besser da. „Bildung von Anfang an ist wichtig“, so die grüne Mannheimer Stadträtin Gabi Thirion-Brenneisen.

In der Diskussion wurde daraufhin gewiesen, dass es bei allem Gegenwind in den bisherigen Auseinandersetzungen auch Erfolge gebe. In Mannheim gibt es z.B. seit einigen Jahren mit Klaus Dollmann einen engagierten Behindertenbeauftragten und eine Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit, die in wichtigen kommunalpolitischen Fragen, wie z.B. Ausstattung von Straßenbahnen oder Gebäuden sich Gehör verschaffen.

Als Fazit bleibt: Behindertenpolitik ist kein randständiges Problem, sondern geht alle an. Wir stehen erst am Anfang. Packen wir es an! *scr, Kommunalinfo*

Kreisverband Heidelberg: Kandidatennominierung Kreistagswahlen

Am 21. September 2008 hat der Kreisverband Heidelberg/Rhein-Neckar mit der Nominierung der ersten 58 von insgesamt 126 Kandidaten für die Wahlen zum Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises begonnen. Mit über 535.000 Einwohnern ist der Rhein-Neckar-Kreis der mit Abstand größte Landkreis Baden-Württembergs und der drittgrößte in ganz Deutschland. Dadurch müssen in den 16 Wahlkreisen des Rhein-Neckar-Kreises insgesamt nicht weniger als 1000 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden, gleichmäßig verteilt über die 54 Gemeinden des Kreises, um zur Kreistagswahl zugelassen zu werden. Um für diese logistisch anspruchsvolle Aufgabe ausreichend Zeit zu haben, hat die Nominierung von Kandidaten zum Kreistag im Rhein-Neckar-Kreis besonders früh begonnen. Auch die Kandidaten für die Bundestagswahlkreise hat der Kreisverband Heidelberg/Rhein-Neckar bereits nominiert (Carsten Labbuda für Heidelberg-Weinheim und Edgar Wunder für Rhein-Neckar).

Anfang September 2008 konnte der Kreisverband das 200. Mitglied begrüßen.

Ebenfalls am 21. September fand in Schwetzingen eine Oberbürgermeisterwahl statt, zu der die LINKE mit Alfred Walschburger einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte. Er erhielt 5,4 % der abgegebenen Stimmen.

Edgar Wunder, stellv. Kreisvorsitzender Heidelberg/Rhein-Neckar

Für Blinde gibt es in Ravensburg zahlreiche Stolperfallen

Die Linke spricht mit dem Landesblindenforum

Für Menschen, die über ausreichend Sehkraft verfügen, um ihren Alltag normal zu bestreiten, ist die Lebenssituation von Blinden oder stark Sehbehinderten kaum nachvollziehbar. Im Gespräch mit dem Kreisvorstand der LINKEN bemängeln Torsten Hopperdietzel (35) und Hans Bartsch (64) vom Landesblindenforum Versäumnisse in Ravensburg, die ihnen das Leben unnötig erschweren.

NR: Ihr habt mehrere Verbände – darunter auch uns als LINKE – angeschrieben und nachgefragt, wie der Stand bei der Einrichtung einer akustischen Haltestellenansage in Ravensburg und Weingarten ist. Könnt ihr das Problem kurz erläutern? Und wie war die Reaktion?

Hopperdietzel: In den Bussen in Ravensburg und Weingarten fehlt ein akustisches Fahrgastinformationssystem. Uns als Blinde und Sehbehinderte stellt das vor ein großes Problem, ohne Hilfe können wir die Busse kaum nutzen. Vergisst der Busfahrer trotz vorheriger Bitte, die Haltestelle anzusagen, stehst Du an einer Haltestelle, deren Umgebung dir fremd ist. Kein Mensch kann sich das Wegenetz einer ganzen Stadt auswendig merken. Für eine selbständige Lebensführung, um die es uns ganz zentral geht, ist das eine gravierende Einschränkung. Zwar haben die Stadtwerke uns mitgeteilt, dass ab Jahresende mit der Einrichtung des Systems begonnen werde. Von der Deutschen Bahn kam kurz darauf allerdings ein Schreiben, das dies deutlich relativierte. Wir sind gespannt, ob es jetzt tatsächlich zur Nachrüstung kommt, Vertröstungen sind wir gewöhnt. Reaktionen aus der Politik gab es nur von der LINKEN und vom Ersten Bürgermeister Weingartens, Herrn Kapellen, was uns doch enttäuschte. Vermutlich lag es daran, dass unsere Anfrage in konkrete Fragen gefasst war, auf die sich nicht mit Ja, Nein oder einer einfachen Floskel antworten ließ.

Bartsch: Der Kampf um das akustische Fahrgastinformationssystem dauert nun bereits über 10 Jahre. Ablehnungen oder Verzögerungen werden mit Nachrüstungskosten von 3000 bis 10000 Euro pro Bus begründet – ein Betrag, der unserer Auffassung nach viel zu hoch veranschlagt ist, wenn man bedenkt, dass eine visuelle Fahrgastinformation bereits existiert. Andere Städte sind da weiter: Konstanz beispielsweise, das von der Größe her mit dem Stadtverkehr Ravensburg/Weingartenvergleichbar ist, hat seit langem neben dem visuellen ein akustisches System.

NR: Wie viele der Einwohner sind

denn auf ein solches System angewiesen?

Hopperdietzel: Es gibt im Landkreis über 700 Personen, die wegen eingeschränkter Sehfähigkeit als schwerbehindert gelten. Dazu kommt eine Dunkelziffer, vor allem an alten Menschen, deren Sehkraft nachlässt. Ich sage immer: Unsere Probleme sind die Probleme der zukünftigen Alten.

Bartsch: Nicht zu vergessen sind andere Personengruppen, für die ein solches System nützlich wäre, z.B. Alphabeten oder Ortsfremde. In der Summe wird die Zahl der dringend Angewiesenen aufgrund der demographischen Entwicklung noch steigen.



Ob im Bus, bei der Wertstoffentsorgung oder bei der Mobilität in der Stadt: Sehbehinderte sind vielfacheingeschränkt. (Bilder: mk)

NR: Wo hakt es in Ravensburg noch?

Bartsch: Die Pflasterung in der Stadt ist eine Katastrophe. Sie erschwert die Fortbewegung ganz enorm; und die wenigen Wege, die gut passierbar sind, werden von Werbeaufstellern blockiert. Die Stadt, die damit Gebühren einnimmt, bleibt tatenlos. Auch fehlen vielen Wegen, die von Blinden regelmäßig genutzt werden, klare Kanten oder starke Kontraste zur Orientierung.

Hopperdietzel: Ein weiteres Problem ist die Wertstoffentsorgung. Blinde und hochgradig Sehbehinderte können nicht ohne größeren Aufwand oder unverhältnismäßig viel fremde Hilfe bzw. Mehrkosten am hiesigen Bringsystem des gelben Sacks teilnehmen. Eine unnötige Benachteiligung von behinderten Menschen auch ein Problem alleinstehender älterer Menschen. Eine Abholung vor der Haustür, wie sie in 75% der Kommunen Baden-Württembergs üblich ist, wäre die sinnvollste Lösung. Der „Ravensburger Weg“ jedenfalls ist für Seh- und Gehbehinderte sowie ältere Menschen

ein gewaltiger Irrweg.

NR: Wie arbeitet ihr als Landesblindenforum gegen diese Missstände?

Hopperdietzel: Für uns ist zunächst der Austausch von Betroffenen untereinander wichtig. Wir tauschen uns viel über Email-Listen aus. Daraus entstehen dann konkrete Selbsthilfeprojekte, wie Stammtische, Sommerfeste, Ausflüge oder eben auch ein Kampf um eine automatische Haltestellenansage oder um Veränderungen im Wertstoffsystem. Das Landesblindenforum gibt es seit 2005. Wir verstehen uns als Selbsthilfepattform, aber auch als Opposition zu den Blindenverbänden in Baden-Württemberg. Diese sind aus unserer Sicht weder in der konkreten Hilfestellung für Betroffene vor Ort, noch in der politischen Lobbyarbeit, eine brauchbare Interessenvertretung. Die Kürzung des Blindengeldes, einer Leistung, die behinderungsbedingte Mehrkosten ab-

federn soll und viele junge, gut qualifizierte Blinde und Sehbehinderte ohne Arbeit sind nur zwei von vielen Beispielen, warum Interessenvertretung mehr als die obligatorische Weihnachtsfeier bei Kaffee und Kuchen bedeutet.

Bartsch: Auch müssen wir gegenüber den Krankenkassen ständig um Kostenerstattungen kämpfen. Deren Devise ist einfach: Wer nicht um sein Recht kämpft, wird abgebügelt. Auch beim Thema Erwerbsarbeit müssen Blinde immer wieder kämpfen, eine ihrer Qualifikation gerechte Stelle zu finden. Auch die Kommunen bekleckern sich nicht mit Ruhm, eingestellt wird fast nur, wenn Fördermittel in Aussicht stehen.

Hopperdietzel: Wer kämpft, kann aber auch gewinnen. In Ravensburg wurde bei der Sparkasse auf unser Bestreben ein Geldautomat mit Sprachausgabe eingerichtet einer von einer Handvoll blindengerechter Geldautomaten in ganz Deutschland.

NR: Vielen Dank für das Gespräch!

(Aus „Neues Ravensburg“ Nr. 11)

Wahlmarathon 2009 vorbereiten

Liebe Genossinnen und Genossen, Derzeit finden eine Reihe von innerparteilichen Wahlen, Delegierten- und KandidatInnenwahlen statt oder werden vorbereitet. Das fordert den Kreisverbänden und Kreisvorständen sehr viel Arbeit ab. Wir bitten alle Mitglieder darum, diesen Wahlmarathon im Vorfeld der Superwahljahres 2009 geduldig, kreativ und solidarisch zu unterstützen. Damit klar ist, um was es jeweils geht, hier komprimiert ein Überblick, über das, was wir leisten müssen. Grundregel dabei: jede Wahl muss den Mitgliedern extra angekündigt sein und protokolliert werden.

Landesparteitag am 6.12. 2008

Die Delegierten zum Landesparteitag werden auf Kreis-MVs auf 1 Jahr in geheimer Wahl gewählt und sind dem Landesbüro zu melden.

Voraussichtlicher Beginn: 9 Uhr; Tagungsort: Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen, Bahnhofstr. 61, 70771 Leinfelden-Echterdingen

Wahl der Landesliste zum Deutschen Bundestag

LandesvertreterInnenversammlung am 31.1. 2009 in Stuttgart, DGB-Haus Willi Bleicher Straße 20 für die Wahl der Landesliste BaWü zum Deutschen Bundestag. Die Vertreterinnen und Vertreter für die Wahl der Landesliste / Deutscher Bundestag werden (nur zu diesem Zweck) entsprechend Wahlgesetz auf Kreis-Mitgliederversammlungen gewählt. Die VertreterInnen werden nur für diesen einen Zweck >>Wahl der Landesliste zum Deutschen Bundestag<< gewählt. Stimmberechtigt sind jeweils nur solche Mitglieder des Kreisverbandes, die in Baden-Württemberg ihren Hauptwohnsitz haben, deutsche Staatsangehörigkeit und Wahlrecht besitzen. Dies muss bei der Anwesenheitsprüfung extra festgehalten werden, ebenso muss die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten protokolliert werden. Die Wahlversammlung zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter ist – formal – eine Extra Versammlung und muss auf der Einladung extra ausgewiesen sein; zumindest muss aus der Einladung eine abgrenzbare zeitliche Abfolge erkennbar sein. Auf einer Kreis-MV muss dieser Tagesordnungspunkt extra und abgegrenzt behandelt werden, weil das Stimmrecht entsprechend Wahlgesetz erfolgt. Die Delegierten und die VertreterInnen dürfen identische Personen sein. Aber sie müssen gesondert gewählt werden. Dem Landesbüro muss jeweils eine Kopie des Wahlprotokolls eingereicht werden.

Direktkandidaten zu Bundestagswahl im Wahlkreis

Stichwort Kreiswahlvorschläge. Die Wahl der Bundestagskandidaten im Wahlkreis findet nicht auf der Ebene des Kreisverbandes statt sondern auf Wahlkreisebene! Die Wahlkreisgrenzen sind mit den Kreisverbandsgrenzen nicht überall identisch. Stimmberechtigt zur Wahl der Direktkandidaten sind ausschließlich solche Mitglieder, die im Wahlkreis den Erstwohnsitz haben, 18 Jahre alt sind und im Wahlkreis zur Bundestagswahl wahlberechtigt sind. Die notwendigen Unterlagen für diese Wahl sind beim Kreiswahlleiter abzufordern. Das formalisierte Wahlprotokoll muss vom Landesvorstand gegengezeichnet werden. Die Einladung für diese Versammlungen sind jeweils mit dem Landesbüro abzusprechen, damit alle wahlberechtigten Mitglieder, auch die aus anderen Kreis- oder Landesverbänden mit Hauptwohnsitz im Wahlkreis, angeschrieben werden können. Die Einladung hat schriftlich zu erfolgen, die Einladefrist beträgt zwei Wochen. Bitte beachtet die Hinweise zur Wahl der Direktkandidaten im Anhang. Der Landesvorstand empfiehlt, die 38 Direktkandidaten bis 31.1. zu wählen, es geht auch später. Allerspätestens am 66. Tag vor dem Wahltermin, müssen alle Unterlagen dem Kreiswahlleiter vorliegen.

Regionale Mitgliederversammlungen

Es geht um die Nominierung der 24 VertreterInnen und Vertreter, die am 1. März in Essen die Liste für die Wahl der Bundesliste zur Wahl zum Europaparlament wählen. Siehe Einladung vorne.

Wahl der kommunalen Listen

Die Wahl der Kreistagslisten und Gemeinderatslisten wird jeweils nur von den Mitgliedern vorgenommen, die ihren Wohnsitz dort haben. Diese Wahlen finden auf gesonderten Wahlversammlungen statt. Dazu bitte den Ratgeber des Landesverbandes nutzen. Bitte an die jeweiligen Kreiswahlleiter wenden und die entsprechenden Formulare anfordern.

Kriterien für unsere KandidatInnen zu Bundestagswahl

Beschluss des Landesvorstandes vom 14.9.2008

1. Der Landesvorstand empfiehlt den Kreisverbänden, wenn möglich, die Wahlkreiskandidatinnen und Wahlkreiskandidaten zur Bundestagswahl vor der LandesvertreterInnenversammlung am 31.1.2009 zu nominieren. Die Einladung zu den Wahlkreisversammlungen erfolgt entsprechend dem Bundeswahlgesetz. Um alle wahlberechtigten Mitglieder einladen zu können, werden die Mitgliederlisten mit dem Landesbüro abgestimmt.

2. Der Landesvorstand bittet alle BewerberInnen für Plätze auf der Landesliste zur Bundestagswahl, sich schriftlich bis spätestens zum 31.12. 2008 zu bewerben. Die Kreisverbände, aus denen die BewerberInnen kommen, sollen die Möglichkeit haben, sich zu positionieren. Der geschäftsführende Landesvorstand wird beauftragt, die Bewerbungen entgegenzunehmen und in der Partei zu kommunizieren.

3. Der Landesvorstand betrachtet folgende Kriterien für die Wahl der Landesliste als vordringlich:

3.1. Fähigkeit und Bereitschaft zur parlamentarischen Arbeit und zur Unterstützung der außerparlamentarischen Arbeit auf Grundlage der programmatischen Eckpunkte der LINKEN und des auf dem Landesparteitag zu beschließenden Wahlprogramms.

3.2. Fachliche Qualifikation in mindestens einem Bereich und Kompetenz bei den zentralen inhaltlichen Schwerpunkten des Wahlkampfes, also Sozialstaat/Daseinsvorsorge, Niedriglohn-Hartz IV-Rente, bei den Themen Wirtschafts/Finanzpolitik, Energie/Ökologie, Bildung, EU, Internationales / klare Positionierung gegen Militarisierung.

3.3. Fähigkeit zu kommunikativem Verhalten und öffentlichem Auftreten

3.4. Beruflicher und privater Werdegang, der den Grundsätzen der Partei nicht widerspricht.

3.5. Bisherige Arbeit und Anerkennung z.B. in kommunalen, sozialen, gewerkschaftlichen, antifaschistischen, feministischen, internationalistischen, antimilitaristischen oder kulturellen Zusammenhängen – überregional oder vor Ort.

3.6. Aktive Beteiligung am Projekt der linken Parteibildung, Unterstützung des Jugendverbandes, positiver Umgang mit dem linkspluralen Charakter der Partei.

3.7. Befürwortung der Geschlechterdemokratie, Einhaltung der Quotierung auf der Landesliste. Hinweis: Aus wahlrechtlichen Gründen kann die Einhaltung der satzungsmäßig garantierten Frauenquote bei der Wahl der Landesliste nur politisch eingefordert, aber nicht über die Wahlordnung durchgesetzt werden.

3.8. Bereitschaftserklärung, für die Partei einen angemessenen Mandatsträgerbeitrag zu spenden.

3.9. Bereitschaft, als MandatsträgerIn ein Wahlkreisbüro in der Region zu unterhalten und personell gut auszustatten.

3.10. Regionale und thematische Verteilung: Der Landesliste sollte aus einem Team bestehen, bei dem Regionen und unterschiedliche Spektren der politischen Arbeit berücksichtigt sind.

Die Linke Landesverband Baden-Württemberg: vorläufiger Abschluss bis 31.6.2008
Übersicht über Einnahmen und Ausgaben von Landesverband, Kreisen und Arbeitsgemeinschaften
 kumulierte Werte

Einheit	Mitglieder	Einnahmen im lfd. Jahr (aufsummiert)				Ausgaben im lfd. Jahr (aufsummiert)							Überschuss (+) Defizit (-)	35%-Anspruch auf Beiträge aus vorigem Quartal	Geld- bestände
		Mitglieds-/ Mandatsbeiträge	Spenden inkl. Sammlungen	sonstige Einnahmen	staatliche Mittel	Zuschüsse v. Gliederung	Einnahmen gesamt	Personalausgaben	lfd. Geschäfts- betrieb	politische Arbeit	Wahl- kämpfe	Zuschüsse an Gliederung			
Landesverband		125.143,37 €	5.822,66 €	63.364,65 €	30.438,26 €	298,95 €	225.067,89 €	43.771,74 €	19.645,50 €	52.772,58 €	499,95 €	213.561,90 €	11.505,99 €		94.576,21 €
davon AG, IG usw.						3.000,00 €	3.000,00 €					2.935,29 €	64,71 €		
Jugendverband Solid												3.420,45 €	455,51 €		
Kommunistische AG			3.893,66 €				3.893,66 €		17,70 €	3.420,45 €					
AG Betrieb u. Handwerk				2.059,84 €			2.059,84 €			2.059,84 €					
davon Europäische Linkspartei							7.948,30 €								
Kreisverbände															
Baden-Baden/Rastatt	58	- €	70,70 €	- €	- €	525,00 €	595,70 €	- €	16,25 €	378,69 €	- €	394,94 €	200,76 €	266,82 €	371,61 €
Biberach	31	- €	150,00 €	0,50 €	- €	215,00 €	365,50 €	- €	58,37 €	376,31 €	- €	434,68 €	69,18 €	228,90 €	184,96 €
Böblingen	68	- €	115,00 €	- €	- €	560,00 €	675,00 €	- €	- €	581,80 €	- €	581,80 €	93,20 €	652,64 €	780,39 €
Bodensee	39	- €	- €	- €	- €	295,00 €	295,00 €	- €	10,85 €	239,11 €	- €	249,96 €	45,04 €	296,10 €	412,24 €
Breisgau/Hochschwarzwald	39	- €	- €	9,90 €	- €	546,00 €	555,90 €	- €	12,32 €	441,18 €	- €	453,50 €	102,40 €	215,31 €	218,81 €
Calw	41	- €	370,00 €	- €	- €	890,00 €	1.260,00 €	- €	9,92 €	527,91 €	- €	527,91 €	732,09 €	239,54 €	932,09 €
Emmendingen	39	- €	- €	- €	- €	140,00 €	140,00 €	- €	- €	- €	- €	9,92 €	130,08 €	241,72 €	130,08 €
Esslingen	93	- €	- €	- €	- €	1.600,00 €	1.600,00 €	- €	- €	1.030,67 €	- €	1.030,67 €	569,33 €	849,26 €	786,45 €
Freiburg	124	- €	10,29 €	3.544,00 €	- €	1.716,74 €	5.271,03 €	- €	4.018,68 €	1.188,78 €	- €	5.207,46 €	63,57 €	1.084,45 €	1.055,02 €
Freudenstadt	28	- €	- €	- €	- €	80,00 €	80,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	80,00 €	165,38 €	86,69 €
Göppingen	58	- €	14,50 €	- €	- €	805,00 €	819,50 €	- €	30,55 €	427,23 €	- €	457,78 €	36,17 €	345,39 €	655,87 €
Heidelberg/Rhein-Neckar	198	- €	230,00 €	1,27 €	- €	5.285,00 €	5.516,27 €	- €	169,85 €	5.382,82 €	- €	5.552,67 €	36,40 €	1.260,85 €	533,53 €
Heidenheim	43	- €	5,00 €	- €	- €	174,00 €	179,00 €	- €	0,54 €	- €	- €	0,54 €	178,46 €	220,09 €	178,46 €
Heilbronn	85	16,00 €	150,00 €	- €	- €	1.315,00 €	1.481,00 €	- €	16,50 €	904,84 €	- €	921,34 €	559,66 €	758,93 €	657,61 €
Hohenlohe/Schwäb.-Hall	71	- €	100,00 €	- €	- €	1.814,10 €	1.914,10 €	- €	- €	1.079,85 €	- €	1.079,85 €	834,25 €	741,07 €	834,25 €
Karlsruhe	138	19,00 €	420,00 €	52,99 €	- €	1.546,63 €	2.038,62 €	- €	630,94 €	2.194,67 €	- €	2.825,61 €	786,99 €	673,06 €	829,64 €
Konstanz	57	900,00 €	200,00 €	- €	- €	600,00 €	1.700,00 €	- €	1.681,43 €	745,64 €	- €	2.427,07 €	727,07 €	262,46 €	459,83 €
Lörrach	43	- €	- €	- €	- €	465,00 €	465,00 €	- €	21,70 €	68,73 €	- €	90,43 €	374,57 €	284,59 €	379,73 €
Ludwigsburg	109	- €	431,11 €	0,01 €	- €	1.300,00 €	1.731,12 €	- €	6,00 €	1.176,05 €	- €	1.182,05 €	549,07 €	1.141,20 €	819,34 €
Main-Tauber	30	- €	- €	- €	- €	201,00 €	201,00 €	- €	- €	201,00 €	- €	- €	283,95 €	484,95 €	155,58 €
Mannheim	101	- €	- €	33,08 €	- €	600,00 €	633,08 €	- €	3,00 €	176,49 €	- €	179,49 €	453,59 €	841,15 €	846,11 €
Neckar-Odenwald	19	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	122,85 €	- €
Odenau	76	- €	- €	- €	- €	1.200,04 €	1.200,04 €	- €	178,43 €	1.055,10 €	- €	1.233,53 €	33,49 €	447,19 €	444,20 €
Ostalb	107	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	616,19 €	238,23 €
Pforzheim/Enzkreis	79	- €	120,00 €	- €	- €	1.130,00 €	1.250,00 €	- €	22,30 €	343,79 €	- €	366,09 €	883,91 €	426,57 €	602,31 €
Ravensburg	35	- €	1.258,20 €	158,14 €	- €	1.681,80 €	3.098,14 €	- €	959,11 €	2.271,08 €	- €	3.230,19 €	132,05 €	501,68 €	76,49 €
Reims-Murr	77	- €	160,00 €	- €	- €	400,00 €	560,00 €	- €	7,00 €	631,20 €	- €	638,20 €	78,20 €	536,21 €	39,09 €
Reutlingen	59	- €	- €	- €	- €	1.060,00 €	1.060,00 €	- €	205,05 €	829,32 €	- €	1.034,37 €	25,63 €	518,59 €	168,75 €
Schwarzwald-Baar-Heuberg	46	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	246,23 €	- €
Sigmaringen	15	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	224,45 €	- €
Stuttgart	248	262,00 €	802,27 €	373,00 €	- €	6.064,19 €	7.501,46 €	- €	675,43 €	5.268,03 €	- €	5.943,46 €	1.558,00 €	2.647,16 €	4.118,47 €
Tübingen	106	2.883,84 €	- €	100,00 €	- €	1.300,00 €	4.283,84 €	- €	2.105,10 €	1.535,49 €	- €	3.640,59 €	643,25 €	974,74 €	1.291,10 €
Ulm/Alb-Donau	52	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	29,70 €	- €	- €	29,70 €	29,70 €	257,31 €	595,06 €
Waldshut	25	15,00 €	100,00 €	- €	- €	350,00 €	465,00 €	- €	24,35 €	418,65 €	- €	458,00 €	7,00 €	109,97 €	12,37 €
Zollernalb	24	- €	- €	- €	- €	41,00 €	41,00 €	- €	- €	41,00 €	- €	41,00 €	- €	227,50 €	- €
nicht zugeordnet	9														
Summe Kreisverbände		4.095,84 €	4.707,07 €	4.272,89 €	- €	33.900,50 €	46.976,30 €	- €	10.893,37 €	29.515,43 €	- €	40.707,75 €	6.268,55 €	18.781,09 €	26.203,78 €
Land und Kreise	2470	129.239,21 €	10.529,73 €	67.637,54 €	30.438,26 €	34.199,45 €	272.044,19 €	43.771,74 €	30.538,87 €	82.288,01 €	- €	254.269,65 €	17.774,54 €	- €	120.779,99 €
./- innerpart. Zuschüsse	2470	129.239,21 €	10.529,73 €	67.637,54 €	30.438,26 €	298,95 €	237.844,74 €	43.771,74 €	30.538,87 €	82.288,01 €	- €	157.098,57 €	80.746,17 €	- €	- €

Anmerkungen: Mitgliederstand per 31.6. Inzwischen (27.10.) beträgt die Mitgliederzahl 2580
 Mitgliedsbeiträge: einschließlich der Zahlungseingänge auf dem Konto in FÜRTH (1971 €)
 sonstige Einnahmen: Der Landesverband erhielt am 15. Januar 2008 aus dem Nachlass Otto Singer, Stuttgart, eine Zuwendung von 60.000 Euro der Bundespartei zu kommen zu lassen, als Zuschuss an die Bundespartei weitergeleitet.
 Zuschüsse, Einnahmen: Beim Landesverband WASG-Kontoauflösung Kreisverband und Überweisung Beitrag: Bei KV Karlsruhe enthalten 116,63 Euro vom Bundesvorstand
 Zuschüsse, Ausgaben: Beim Landesverband: an PV: Weiterleitung staatliche Wahlkampfmittel und Anteil Nachlass: 45.219,13 €. Rest Beitragsanteile an KVs

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Geschäftsführender Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
Bernhard Riexinger, Tel.: 0711-639711, eMail: B.Riexinger-Wahlalternative@web.de
Bernhard Strasdeit, Telefon: (07071)-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: (07071)-23946, strasdeit@t-online.de
Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net
Franz Groll, Tel. 07056-2391, franz.groll@gmx.de
Ursula Schorlepp, usasg@web.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon (0621)331650, Fax (0621) 331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Anträge und Stellungnahmen an die Landesschiedskommission bitte über die Postadresse des Landesverbandes.

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Dieter Hitscherich, 76532 Baden-Baden, 07221-991592, der.hit@web.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583/1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Gottfried Heil, Tel.: 07541/55097, Mail: gottfried.heil@dielinke-bodensee.de, www.dielinke-bodensee.de

Böblingen

Harry Ladwig, Tel.: 07152/52368, Mail: post@linke-bb.de, Net: www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Louis Runge, Postfach 1162, 79419 Heitersheim, Tel.: 07634/507750, dielinke-breisgau@t-online.de; Irmgard Koll, Zunzinger Str. 7a, 79379 Müllheim, Tel.: 07631/170263

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051/3516, Mail: all-prohandel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, August-Faller-Str. 7a
79183 Waldkirch, Tel: 07681-23143
Mail: info@die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Wolfgang Kämmerer, Tel.: 0711/412785,
Mail: mail@wolfgangkaemmerer.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greifenegggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-4510292, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Hans-Ulrich Büniger, Sandgrube 15, 72270 Baiersbronn, Tel.: 07442/120961, Mail: hubuenger@gmx.net

Göppingen

Sabine Rösch-Dammenmiller, 73111 Lauterstein, 07332/4988, Mail: roeda@gmx.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Heinrich Müller, Hinter der Mühle 15, 69226 Nußloch, Tel.: 06224/16937, mobil: 0177 4008790, Mail: henri.mueller@online.de, Net: www.dielinke-hd-rn.de

Heidenheim

Hasan Cildir, 89522 Heidenheim, 07321-22975, die.linke.kv.hdh@web.de

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de,
Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@links-partei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingelfingen, Tel.: 07940/ 7994 , Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

Jochen Dürr, Zur Hohen Waag 12, 74523 Schwäbisch Hall, Tel (0791) 5 4118, Fax (0791) 55178, Mail: jochenduerr@freenet.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Manfred Jannikoy, Lörrach, Tel.: 07621/705211, Mail.: m.jannikoy@t-online.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141/57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ursula Genswürger, Ludwigsburg, Tel.: 07141/ 58209, eMail: u.genswuerg@t-online.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341/600366, Mail: rechtsanwalt-Grüning@t-online.de

Mannheim

Regionalbüro Mannheim: B2 14, 68159 Mannheim. Kreisverband: Tel: 0621/1227218 (mit AB) Mail
Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621/303695, Mail: ttrueper@aol.com
Marianne Marten, Lutherstr. 15, 68169 Mannheim, Tel.: 0621/312681, Mail: mar-ten.m@online.de

Neckar-Odenwald-Kreis

Burkhard Malotke, In der Heinrichsburg 12/6, 74821 Mosbach, Tel 06261-617000, eMail: Burkhard.Malotke@gmx.de

Ortenau

Thomas Heidt, 77855 Achern, Tel.: 07841/280138, tom-andi@t-online.de;
Karl-Martin Matt, Weidenstr. 30, 77871 Renchen, Tel.: 07843-84146, druckwerkstatt-renchen@t-online.de

Ostalb

Roland Hamm, 73431 Aalen, 07361-35945, roland.hamm@gmx.de,

Pforzheim

Claus Spohn, 75177 Pforzheim, 07231/359230, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Mirco Kolarcik, Tel.: 0751/ 94843, Mail: info@linkspartei-ravensburg.de, Net: www.linkspartei-ravensburg.de

Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Fronackerstr. 18, 71332 Waiblingen, Tel. 07151-54806, Fax -563254. Mail: ckramerneudorfer@onlinehome.de;
Gabriele Grosse, 73630 Remshalden, Tel.: 07151/271960, Mail: dielinke-kv-ggrosse@arcor.de, Web: www.die-linke-remms-murr.de.

Reutlingen

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe.riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tuttlingen, Mail: wachter.tut@web.de, Tel.: 07461/6558

Sigmaringen

Rainer Kaltoven, Zehntstr.8, 88356 Ostrach, Tel. 07585-935296; Thomas Krauss, 72519 Veringenstadt, Tel. 07577-926486, eMail mail@der-eichi.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/72236848, Fax 0711/72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg a.Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731/3988823, Fax /3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de, mobil über: Walter Kubach, 016090792293.

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754/929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Jochen Lange, Mühlackerstr.13, 72336 Balingen, Tel.: 07433/9978566 oder 0152-05394972, eMail: dielinke.zak@t-online.de

Arbeitsgemeinschaften

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, Adresse s. Rems-Murr.

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Frieden

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170/5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Hölderlinstr. 4, 69469 Weinheim, Tel+Fax: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@linkspartei-weinheim.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg i. Breisgau, Tel.: 0761/131516, Fax: 0761/135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171/9181900, Mail: queer@die-linke-bw.de

AG Religion

Frank Winkel, Tel.: 07331/824194, Mail: frank_winkel@t-online.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Stephan Lorent, Tübingen, Tel. 07071/639426, eMail: slorent@gmx.de

AG Ökologische Plattform

Anne-Maike Rahlfs, Tel.: 0176 22943915, eMail: anne.rahlfs@linkspartei-bw.de
Wolfgang Kämmerer, mail@wolfgangkaemmerer.de

AG Wirtschaftspolitik

Adelbert Ringwald, Tel.: 07682/ 328315, eMail: info@ringwald-elzach.de

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072 Tübingen, Tel. 07071-32498

Hochschulgruppen **DIE LINKE.SDS**

FREIBURG: edmond@jaegerhome.de
Karlsruhe: daniel.bruns@stud.uni-karlsruhe.de
TÜBINGEN: www.tuebingen.solid-bw.de
HEIDELBERG: heidelberg@solid-bw.de
STUTTGART: stuttgart@solid-bw.de
KONSTANZ: Mirco.Kolarczik@uni-konstanz.de
LANDESKOORDINATION: DIE LINKE.SDS, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721 35 48 93 41, info@solid-bw.de, www.linke-hochschulgruppen.de

Jugendverband **Linksjugend [‘solid]**

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle
Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-3548 9341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Europabüro **Tobias Pflüger**

Hechinger Strasse 203, 72072 Tübingen
Email: mail@tobias-pflueger.de
Tel: 07071-7956981, Fax: 07071-7956981
homepages: www.tobias-pflueger.de, www.linkspartei.pds-europa.de

Linke in Gemeinderäten

Karlsruhe

Niko Fostropoulos, Die Linke., Haus der Fraktionen, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721-386409, Fax 0721-386410, stadt-rat@pds-karlsruhe.de.

Konstanz

Vera Hemm, Linke. Liste Konstanz, Gartenstr. 33, 78462 Konstanz, vera.hemm@t-online.de

Mannheim

Gudrun Kuch, Linke Liste Mannheim, Tel: 0621/ 293-9585 Fax: 0621/ 293-9595, Rathaus E 5, 68159Mannheim. Öffnungszeiten: Mo bis Do 9-12.30 Uhr und nach Vereinbarung. E-mail: gudrun.kuch@mannheim.de

DIE LINKE.

BADEN - W Ü R T T E M B E R G

Stuttgart

Ulrike Küstler, Die Linke, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, Tel. 0711-2 62 99 51, Fax 0711-2 62 99 52, ulrike.kuestler@stuttgart.de, www.stuttgart.de/die-linke

Tübingen

TÜLL (Tübinger Linke/Linkspartei) in Gemeinderat und Kreistag, Am Lustnauer Tor 4, 72070 Tübingen, www.tuebingen-linke.de. Gerlinde Strasdeit (Stadtträtin) und Bernhard Strasdeit (Kreisrat), Tel. 07071-21534, Fax: -23946, strasdeit@t-online.de • Anton Brenner (Stadt- und Kreisrat), Tel. 07071-40450, Fax: -49992, Mail: AntonBrenner@t-online.de • Bernd Melchert (Stadtträtin), Tel. 07071/78689, Mail: bernd.melchert@walter-ag.de • Edeltraud Horn-Metzger (Stadtträtin), Tel. 07071/23848, Traudel.Horn-Metzger@gmx.de

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071/208810, Fax: 07071/208812, info@heike-haensel.de, www.heike-haensel.de
Freiburg: Heike Hänsel MdB, c/o Bürogemeinschaft Freiburger Linke, Greiffenegring 2, 79098 Freiburg, Tel. 0761/4510292 freiburg@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de
Mannheim: Karin Binder MdB, B2-14, 68159 Mannheim. Anne Rahlfs Email: mannheim@karin-binder.de, Tel: 0621-4017137

Publikationen der Linksfraktion im Bundestag

Diese Publikationen sind aktuell bestellbar (Auswahl)

Faltblatt Finanzkrise
Zeitung KLAR Nr. 11 – Deutschland in der Krise
Zeitschrift CLARA – das Fraktionsmagazin Nr. 9 und Nr. 10
Zeitung Querblick – Infoblatt für feministische Politik Nr. 8 und Nr. 9
Broschüre Hartz IV: Wer sich nicht wehrt... • Die Lügen der NPD • Die Agro-Gentechnik • Was tun gegen Rechtsextremisten
Faltblätter Bundeswehr raus aus Afghanistan Leiharbeit • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit • Mindestlohn • Kindergrundsicherung: Kinder brauchen mehr • Hartz IV ist Armut per Gesetz • Die Fraktion stellt sich vor • Für ein gebührenfreies Studium • Familienpolitik • Onlinedurchsuchungen stoppen • Petitionen

Bestellbar über www.versand.linksfraktion.net,
nutzernamen und Passwort telefonisch zu erfragen in der Landesgeschäftsstelle:
0711-24 10 45

Veranstaltungen, Termine, Hinweise

■ Böblingen

4. November. Der Arbeitskreis Wirtschaft und Soziales des KV Böblingen setzt seine Diskussionen über die Themen Grundeinkommen sowie Aspekte GKV fort. Gasthof „Post“, Bahnhofstraße 6, 71063 Sindelfingen

■ Emmendingen

5. November. 20 Uhr Kreismitgliederversammlung. Ort: Mehlsack, Dorfstraße 2. Gast Bernhard Strasdeit

■ Ulm

6. November. 19 Uhr, Veranstaltung zur Kapitalmarktkrise mit Michael Schlecht. Ort: Lindenstraße 27, Regionalbüro, Versammlungsraum.

■ Kehl

18. November. Ortsverein Kehl, Versammlung mit Bernhard Strasdeit zu Armutsbekämpfung auf kommunaler Ebene.

■ Karlsruhe

19. November. Mitgliederversammlung mit Gastredner Ulrich Maurer zum Thema Finanzkrise. Ort: Verdi-Haus Karlsruhe, Rüppurer Str. 1a. Beginn 19.30 Uhr.

■ Tübingen

25. November. Veranstaltung des DGB-Arbeitskreis Tübingen mit Gast Michael Schlecht zu Finanzmarktkrise

■ Ulm

12. Dezember. 19.30 Uhr, Jahresabschlussfeier mit MdB Karin Binder; Gaststätte „Blauflesch“.

■ Brüssel

Bildungsfahrt ins Europaparlament nach Brüssel 3. bis 4. Dezember 2008

Der Europaabgeordnete Tobias Pflüger (Linksfraktion, GUE/NGL) lädt herzlich ein zu einer politischen Bildungsfahrt nach Brüssel. Neben dem Besuch im Parlamentsitzung und einem Gespräch mit dem Abgeordneten, steht auch eine Stadtführung auf dem Plan. Abfahrt 3.12.2008, 9:00 Uhr in Stuttgart, Rückkehr in der Nacht vom 4.12.2008 zum 5.12.2008. Die Kosten für die Busfahrt und Übernachtung in 2 – 3 Bett – Zimmern inklusive Frühstück werden übernommen. (sonstige Verpflegung muss selbst getragen werden). Interessent/innen melden sich bitte schnellstmöglich bei Judith Demba unter 030-22771407, Fax. 030-22776819 oder berlin@tobias-pflueger.de.

Gründung der Landes-AG „Europa“

Zur Gründung einer AG „Europa“ in Baden-Württemberg laden Anette Groth (anngroth@gmx.de) und Bernd-Otto Kuper (bokuper@web.de) ein: Samstag, den 15. November, 12.30 Uhr, in den Räumen der Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Marienstr.3a, 70178 Stuttgart. In Berlin und Rhein-

land-Pfalz haben sich solche Landes-AGs bereits gebildet. Zur Beratung vorgeschlagen werden das derzeit diskutierte Programm für die Europawahlen am 7. Juni 2009 sowie die Frage, in welcher Form und mit welchem Inhalt sich der Landesverband auf die Europa-Wahlen vorbereiten sollte. Eine genaue Tagesordnung soll auf der Sitzung beschlossen werden. Unterlagen werden Anfang November zugesandt. Interessierte sollen sich direkt an die beiden Unterzeichner wenden und weitere Beratungsgegenstände anmelden. Denjenigen, die sich schon für eine Teilnahme interessiert haben, geht die Einladung gesondert zu.

Ökologischer Kongress der Linken

Samstag, 7. Februar 2009, 10 Uhr, DGB-Haus Stuttgart – Willy-Bleicher-Str.20. Unter anderem: Vorstellung des Ökoprogramms der Linken: Heike Hänsel (MdB-Die Linke). Darstellung der Klimaproblematik mit Dr. Gerd Schädler vom Ökoinstitut Karlsruhe. Arbeitsgruppen: 1. Klimaschutz, mit Damian Ludewig (BUND) und Franz Groll (Landesvorstand DIE LINKE). 2. Gentechnik: Walter Haefeker (Bienenzüchterverband) und Karin Binder (MdB-Die Linke) 3. Verkehr: Mathias Lieb (VCD) und Dorothee Menzner (MdB-DIE LINKE) 4. Kommunale Energieversorgung. Valentin Hollain (Eurosolar) und Hans-Kurt Hill (MdB-Die Linke).

Tagung Frauenpolitik

Esslingen am 20. und 21. Februar 2009. Die LAG Frauenpolitik bereitet zur Zeit diese Tagung vor. Weiterentwickelt werden die Themenbereiche der Frauenkonferenz 100 Jahre Sozialistinnenkongress in Stuttgart:

1. Soziale und ökonomische Unabhängigkeit von Frauen (prekäre Beschäftigung, Mindestlohn, Rente etc.)
2. Lebensmodelle aus Frauensicht, Vereinbarkeit von Familie und Beruf
3. Frauen international
4. Frieden und Gewaltlosigkeit
5. Bildung, Entwicklung, Erziehung.

Bitte merke dir den Termin vor. Du kannst dir bereits heute einen Platz vorab sichern: Silvia.Ofori@t-online.de.

Rentenveranstaltung leicht gemacht

Landes-AG Betrieb & Gewerkschaft bietet an: Rentenveranstaltung mit minimalem Aufwand durchführen. Wir bieten allen Kreisverbänden eine Veranstaltung zum Thema „Gute Arbeit – Gute Rente: Das Rentenkonzept der Linken“ an. Die Veranstaltung ist mit geringem Aufwand durchführbar. Es gibt fertige Plakate, Pressemitteilungen usw. Als Referenten stehen bereit: Michael Schlecht, Hasso Ehinger und Stefan Dreher. Interessierte können sich an Stefan wenden: 0162-2352964.

Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V.

Soziale Kommunen – demokratisch gestalten

Unsere Internetseite ist eröffnet:
www.kommune-links.de

Die Internetseite unseres kommunalpolitischen Forums soll

- dem Erfahrungsaustausch von kommunalpolitisch Aktiven dienen,
- die Vernetzung und Zusammenarbeit der linken, alternativen, bunten Kommunalpolitik in Baden-Württemberg unterstützen,
- Hintergrundmaterial, Hinweise auf Informationsquellen, interessante Bücher und Zeitschriften liefern.

Wir bitten alle um Mitarbeit!

Wir kündigen gerne auch Veranstaltungen an, die regional interessant sind. Wir bitten zum Zusendung von interessanten Berichten, Texten und Material. In der Rubrik „Aus den Rathäusern“ sollen die linken, alternativen und bunten Gemeinderatsfraktionen und Gruppen selbst Anträge, Anfragen und Reden platzieren, die für die Arbeit anderer interessant sind. Wir wollen auch aktuelle Themen der Kommunalpolitik aufgreifen, siehe Aktuelle Termini

Die Redaktionsadresse ist redaktion@kommune-links.de.



Dietmar Bartsch kommt:

“Wie DIE LINKE wirkt.”

Donnerstag, 06. November 2008, 17³⁰ Uhr
Beim Alex im Rolf-Engelbrecht-Haus
Breslauer Str. 40, Weinheim

DIE LINKE.

Mehr Infos im Internet unter www.dielinke-weinheim.de